Nr. 84. – 32. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 35 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Donnerstag, den 25. März 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Schweres Ringen in den West-Karpathen.

Der Seekrieg.

Zur Vernichtung des Kreuzers „Dresden".

Amtlich. Berlin, 24. März 1915. (W. T. B.) Der Kommandant S. M. S. „Dresden", der mit Besatzung des Schiffes an Bord eines chilenischen Kreuzers in Valparaiso eingetroffen ist, berichtet dienstlich folgendes: „Am 14. März vormittags lag S. M. S. „Dresden" zu Anker in der Cumberlandbucht der Insel Juan Fernandez. Hier wurde das Schiff von den englischen Kreuzern „Kent" und „Glasgow" und von dem Hilfskreuzer „Orama" angegriffen. Der Angriff erfolgte aus einer Richtung, in der S. M. S. „Dresden" nur ihre Heckgeschütze verwenden konnte.

Dresden erwiderte das Feuer, bis alle verwendbaren Geschütze und drei Munitionskammern unbrauchbar geworden waren. Um zu verhindern, daß das Schiff in Feindeshand fiele, wurden Vorbereitungen zum Versenken getroffen, und gleichzeitig ein Unterhändler auf „Glasgow" gesandt, der darauf hinwies, daß man sich in neutralen Gewässern befände.

Da „Glasgow" trotz dieses Hinweises den Angriff fortsetzen wollte, wurde S. M. S. „Dresden" gesprengt und versank um 11 Uhr 15 Minuten mit wehender Flagge, während die Besatzung drei Hurras auf Se. Majestät den Kaiser ausbrachte."

Hiermit ist die von englischer Seite gebrachte Darstellung, daß S. M. S. „Dresden" unter Hissen der weißen Flagge kapituliert habe, nicht zutreffend.

Der stellvertretende Chef des Admiralstabes der Marine.
gez. Behncke.

Internierung der Besatzung der „Dresden".

London, 24. März. (W. T. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Santiago de Chile vom 22. März: Die Besatzung des Kreuzers „Dresden" wird durch einen chilenischen Kreuzer nach der Insel Quiriquina bei Talcahuano gebracht werden, wo sie bis zum Ende des Krieges interniert werden soll.

Deutsche Fliegerbomben gegen ein englisches Schiff.

London, 24. März. (W. T. B.) Lloyds meldet: Der Dampfer „Pandion" aus Southampton, von Rotterdam kommend, berichtet, daß er am 21. März vormittags 11 Uhr 25 Min zwölf Meilen nordwestlich des Leuchtschiffs Noordhinder von einem deutschen Flugzeug angegriffen wurde, das eine Bombe abwarf, die einige Fuß neben Steuerbord in die See fiel. „Pandion" schoß Feuerpfeile ab und gab Notsignale, worauf das Flugzeug in östlicher Richtung wegflog, aber nach einer halben Stunde wieder zurückkehrte und sechs Bomben abwarf, die einige Fuß vom Schiff herabfielen. Das Flugzeug fuhr dann nach Osten weg.

Bevorstehende Aktivität der russischen Ostseeflotte?

London, 24. März. (W. T. B.) Der Marinekorrespondent der „Times" schreibt: Im Herbst war es die deutsche Flotte, die die russische Ostseeflotte verhinderte, ein Expeditionskorps über die Ostsee zu bringen oder bei dem Vormarsch der russischen Truppen in Ostpreußen mitzuwirken. Während des Winters fesselte das Eis die russischen Geschwader an die Häfen. Deutschland vermochte fast alle seine Schiffe zur Verstärkung der Nordseeflotte heranzuziehen. Jetzt aber dürfte sich die Lage der Dinge verändern. Die russische Flotte ist beträchtlich gewachsen und wird sich vielleicht stark genug fühlen, zur Offensive überzugehen, oder wenigstens Torpedofahrzeuge zu verwenden. Rußland besitzt eine große Zahl von Zerstörern und Unterseebooten, deren Besatzungen viel gelernt haben.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 24. März 1915. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In der **Champagne** fanden nur Artilleriekämpfe statt.

Im **Priesterwalde nordwestlich von Pont-a-Mousson** wurde der Feind, der uns einen Geländegewinn streitig zu machen versuchte, zurückgeworfen.

Erneute feindliche Angriffe **nordöstlich von Badonviller** und am **Reichsackerkopf** brachen in unserem Feuer zusammen.

Am **Hartmannsweilerkopf** wird zurzeit wieder gekämpft.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Unsere **nördlich von Memel** verfolgenden Truppen machten bei **Polangen** 500 Russen zu Gefangenen, erbeuteten drei Geschütze und drei Maschinengewehre und jagten dem Feinde viel geraubtes Vieh, Pferde und sonstiges Gut ab.

Bei **Laugzargen** südwestlich von Tauroggen und nordöstlich von Mariampol wurden russische Angriffe unter schweren Verlusten für den Feind abgeschlagen.

Nordwestlich von **Ostrolenka** scheiterten mehrere russische Angriffe. Hier nahmen wir dem Feinde 2 Offiziere, über 2500 Mann und fünf Maschinengewehre ab.

Auch **östlich von Plock** mißlangen mehrere feindliche Vorstöße.

Das deutsche Heer zollt herzlichen Dank der tapferen Besatzung von Przemysl, die nach vier opfervollen Monaten der Verteidigung nur der Hunger niederzwingen konnte.

Oberste Heeresleitung.

* * *

Teilnahme deutscher Marinestreitkräfte an den Kämpfen bei Memel.

Berlin, 24. März. (W. T. B.) Bei den Kämpfen nördlich Memel haben unsere Seestreitkräfte die Operationen von See aus unterstützt. Dabei wurden am 23. März vormittags Dorf und Schloß Polangen beschossen und im Laufe des Tages die Straße Polangen—Libau unter Feuer gehalten.

Der stellvertretende Chef des Admiralstabes der Marine
gez. Behncke.

* * *

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 24. März. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart: Im westlichen Karpathenabschnitt hat sich an der Front bis zum Uszoker Paß eine Schlacht entwickelt, die mit großer Heftigkeit andauert. Starke russische Kräfte gingen zum Angriff über, um die Höhenstellungen wird erbittert gekämpft.

Zwischen Pruth und Dnjester kam es im nördlichsten Teil der Bukowina zu mehreren Gefechten, in denen der Feind aus einigen Orten vertrieben wurde und gegen die Grenze zurückweichen mußte. Die nördlich Czernowitz jenseits des Pruth liegenden Ortschaften, die dem Feinde als Basis für Unternehmungen gegen die Stadt dienten, sind vom Gegner gesäubert.

In Polen und Westgalizien keine Veränderung. Die bei Otfinow am unteren Dunajec eingebaute Kriegsbrücke der Russen wurde gestern durch unsere Artillerie zerstört.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Die Nationen des östlichen Kriegsschauplatzes.

Der Krieg zwingt zum Umlernen. So hört man's wohl jetzt alle Tage, nur wird es leider selten befolgt. Das merkt man auch bei den geographischen Begriffen. — Für den braven Staatsbürger beginnt östlich der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle „Rußland", das ist ihm gleichbedeutend mit „russisches Land". So hat man es ihm in der Schule gelehrt und diese tat, was der heilige Metternich geheißen: Unter dessen Segen kam die Heilige Allianz zu' stande, zu deren politischen Dogmen es gehörte, daß der Name Polens aus der Geschichte getilgt werden muß, wie es überhaupt keine Völker geben darf, die nicht in Staaten aufgehen, deren Grenzen für ewig festgelegt werden, auf daß sie von den legitimen Dynastien beherrscht werden. Aber die Geschichte der menschlichen Entwickelung will nun einmal nicht stillstehen und hat das nationale Bewußtsein der Völker entgegen allem Legitimitätsprinzip fortschreiten lassen, und das ist ganz besonders bei den östlich an das von Deutschen bewohnte Gebiet angrenzenden Völkern geschehen.

Die zarische Regierung hat zwar dekretiert, daß es kein Polen mehr gibt. Nach dem Wiener Kongreß nannte sich Alexander I. nicht nur der Form nach König von Polen, sondern es gab ein Königreich Polen, das im Gegensatz zu Rußland ein Verfassungsstaat mit eigener Verwaltung und eigenem Heere war, nur durch die Personalunion mit Rußland verbunden, wie heute Ungarn mit Oesterreich. Diese Verfassung wurde allerdings von dem Zaren und seinen Kreaturen beständig vergewaltigt, was den polnischen Aufstand von 1830 nach sich zog. Als er niedergeworfen war, begann die Russifizierung des Landes mit den grausamsten Mitteln, was einen zweiten Aufstand im Jahre 1863 herbeiführte. Die russischen Machthaber bildeten sich ein, das polnische Nationalgefühl gründlich ausgerottet zu haben, um so mehr als sie glaubten, ganz besonders die polnischen Bauern für sich gewonnen zu haben. Diese wurden 1866 zu Eigentümern ihres Bodens gemacht, wobei die russische Regierung die Reform durchführte. Aber — siehe da! — Der polnische Bauer der nächsten Generation zeigte, daß er gerade infolge des Kulturfortschrittes, der eine Folge der Hebung der wirtschaftlichen Lage war, zum Nationalbewußtsein heranwuchs. Weit entfernt sich als loyaler Untertan des russischen Zaren, als Russe zu fühlen, was die Regierung erwartet hatte, fühlt er sich als Pole. Dazu kam, daß das städtische Proletariat unter Führung der Sozialisten politisch geschult wurde und ebenfalls sein Nationalgefühl im politischen Kampfe betonte. Ihr internationales Klassenbewußtsein bewiesen die polnischen Arbeiter, sehr wider das Interesse der zarischen Regierung, als sie 1905 Schulter an Schulter mit den russischen Proletariern kämpften, aber daß sie sich als Polen fühlen, darüber haben sie ja wohl niemals einen Zweifel aufkommen lassen.

Jedoch nicht nur die Polen, bei denen eine tausendjährige staatliche Selbständigkeit die nationale Tradition geschaffen hat, sind heute in höherem Maße sich ihrer Nationalität bewußt, als vor hundert Jahren, sondern das gleiche gilt von den Völkern, deren Gebiete an Polen grenzen, von den Litauern, Letten, Ruthenen, Weißrussen. Bei ihnen allen ist das nationale Bewußtsein gerade in den letzten Jahrzehnten stark entwickelt worden. Die oberen Schichten hatten ihre Nationalität preisgegeben, sie waren polonisiert worden, als die Länder unter der Oberhoheit des polnischen Staates standen, sie russifizierten sich, seit sie gegen Ende des 18. Jahrhunderts unter russische Herrschaft gelangten. Aber in dem Maße, in dem die Volksmassen kulturell fortschreiten, kommen sie auch dann zum Bewußtsein ihrer nationalen Eigenart, wenn diese nationale Kultur keine Förderung erfuhr von seiten der oberen Schichten, denen Reichtum und Muße die Pflege dieser Kultur ermöglicht.

Jedenfalls sollte darüber kein Zweifel bestehen, daß wenn die deutschen Truppen die Grenze überschreiten, sie nirgends auf ein von Russen bewohntes Gebiet stoßen. Nicht nur westlich der Weichsel und der Narew ist das Gebiet von Polen bewohnt, sondern auch östlich von diesen Flüssen erstreckt sich noch das polnische Sprachgebiet, polnisches Stammland. Weiter östlich schließen sich die Gebiete der Weißrussen an (das Land nordöstlich des Pripjetflusses, an der Beresina bis über den oberen Dnjepr hinaus gen Smolensk), ferner Podolien, Wolhynien, die Ukraine, die von Ruthenen bewohnt werden. Im Norden dagegen würden unsere Truppen, wenn sie die Narew und den Bobr überschreiten, in litauisches Gebiet eindringen und ebenso, wenn der Kampf östlich von dem ostpreußischen „Zipfel", von Memel beginnt. Hier stößt man dann bald in das Gebiet der Letten, das einst die staatliche Bezeichnung Kurland, Liv-

land und Esthland trug. Dieses lettische Gebiet erstreckt sich aber darüber hinaus weit nach Osten, bis an den Ilmensee und den Lowatfluß, die das sog. Ingermanland gen Osten abgrenzen.

Den historisch und geographisch Gebildeten berührt es daher sonderbar, wenn er nicht nur in Soldatenbriefen, sondern selbst in Kriegsberichten von „russischen Dörfern" liest, in denen man angeblich kampiert. Auf den Gebieten, die heute die deutschen Truppen okkupiert haben, gibt es keine Russen, besonders keine russischen Bauern, folglich auch keine russischen Dörfer; niemand spricht dort russisch, niemand fühlt sich als Russe. Es ist polnische und nördlich von Suwalki litauische Bevölkerung, mit der wir es zu tun haben. Ehe man in wirklich von Russen bewohntes Gebiet kommt, in wirklich russische Dörfer, müßte man schon ostwärts vordringen bis über den Dnjepr im Süden und die obere Düna im Norden. Die Entfernung von der Weichsellinie bis dorthin beträgt ungefähr ebensoviel, wie von der Oder bis an den Rhein.

U-Bootkrieg und englische Getreideversorgung.

Uns wird geschrieben:

Die englische Regierung hat bekanntlich den Versuch gemacht, die Wirkungen des U-Bootkrieges auf die Getreideversorgung als irrelevant hinzustellen; indem man die Zahl der überhaupt aus- und einlaufenden Schiffe mit den in der ersten Woche torpedierten verglich oder die normalen Verluste der Handelsmarine in Friedenszeiten denen des Seekrieges gegenüberstellte, glaubte man auf die nervös gewordenen englischen Arbeitermassen „beruhigend" wirken zu können. Es ist selbstverständlich, daß es vorläufig gar nicht das Ziel der U-Bootaktion sein kann, den ganzen Handel Englands stillzulegen. Es genügt auch vollkommen, den in Frage kommenden Zwecken, wenn die schon bestehende Teuerung in England durch die U-Boote weiter erhalten oder, wie zu erwarten ist, noch weiter gesteigert wird. Hierzu sind aber gar nicht diejenigen „Erfolge" nötig, mit deren „Widerlegung" die englische Regierung die wirklichen Konsequenzen der U-Bootgefahr verschleiern möchte. Denn, wie schon in der ersten Woche die Getreideausfuhr der Vereinigten Staaten ihr Bild wesentlich veränderte, zeigen folgende soeben veröffentlichte Zahlen des bekannten Fachblattes Bradstreets vom 27. Februar 1915; es wurden aus amerikanischen und kanadischen Häfen exportiert:

	Millionen Bushel Weizen	
In der Woche bis zum	1915	1914
21. Januar	8,3	3,8
28. „	8,6	3,7
4. Februar	9,8	3,7
10. „	9,7	4,0
18. „	10,2	3,1
25. „	7,3	2,9

Der Hauptimporteur dieses Weizens war natürlich England gewesen, das sich beim Fehlen der russischen Getreidezufuhren in weit stärkerem Maße als sonst aus Amerika versorgen mußte. Man kann nun erkennen: die im Vergleich zu früheren Zeiten ungemein gesteigerte Ausfuhr von amerikanischem Weizen erreicht nach einer langsamen Erhöhung von Woche zu Woche in den ersten 8 Tagen des U-Bootkrieges eine scharfe Unterbrechung. Der Rückgang von 3 Millionen Bushel ist im Vergleich zu den Schwankungen der wöchentlichen Zufuhr, wie sie etwa im Jahre 1914 stattfanden, ganz gewaltig. Wenn aber schon im Januar bei den steigenden Zufuhren der Weizenpreis in England andauernd weiter in die Höhe ging, so ist ja unschwer zu folgern, daß, wenn jetzt rückläufige Bewegungen der amerikanischen Weizenausfuhr seit Ende Februar eingesetzt haben, derselbe immer stärker emporschnellen muß, was auch die letzten Notierungen des englischen Weizenmarktes deutlich zeigen. Man wird zwar annehmen dürfen, daß England, wie ja auch die amerikanischen Ausfuhrziffern vermuten lassen, vor dem U-Bootkrieg noch tüchtig Getreide „eingehamstert" hat. Aber auf der anderen Seite wissen wir nicht, in welchem Maße die bisherigen Bestände erschöpft waren und die kriegerischen Ereignisse einen Mehrbedarf hervorriefen. Jetzt jedenfalls können die Engländer sich nicht mehr in das sichere Gefühl wiegen, daß noch in Nordamerika, Indien und Argentinien beliebig große Getreidebestände erfügbar sind, die die Preise drücken werden, und die man nur zu kaufen braucht. Denn „kaufen" und „heranschaffen" sind seit dem 18. Februar zwei verschiedene Dinge geworden.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 24. März. (W. T. B.) Der gestern abend ausgegebene amtliche Bericht lautet: In Belgien, in der Gegend von Nieuport, hat unsere Artillerie mehrere Beobachtungsposten und Stützpunkte zerstört, deren Besatzung wir entfliehen sahen. Nordwestlich von Arras, in Carency, haben wir einen deutschen Schützengraben eingenommen, den wir zerstörten. Wir machten Gefangene. In Soissons wurde ein neuer Beschießungsversuch beinahe unverzüglich durch unsere Artillerie vereitelt. In der Champagne beschoß der Feind die von uns in den letzten Tagen eroberten Stellungen, unternahm aber keinen Angriff. In Vauquois nahe der Kirche begossen die Deutschen einen unserer Schützengräben mit einer brennenden Flüssigkeit. Unsere Truppen wichen an dieser Stelle um 15 Meter zurück. In Eparges unternahm der Feind zwei Angriffe, die sofort aufgehalten wurden. Am Hartmannsweilerkopf nahmen wir eine Reihe von Schützengräben und ein Blockhaus.

Die englischen Offiziersverluste bei Neuve Chapelle.

London, 24. März. (W. T. B.) Nach den Ausweisen des Kriegsamtes sind die Offiziersverluste in den Kämpfen um Neuve Chapelle auf 748 gestiegen.

Englisches Flugzeug herabgeschossen.

Amsterdam, 23. März. (W. T. B.) „Telegraaf" meldet aus Bergen-op-Zoom: Die Deutschen haben ein englisches Flugzeug bei Westcapelle herabgeschossen.

Ein Flieger über Romanshorn.

Romanshorn, 24. März. (W. T. B.) Gestern abend 8 Uhr überflog ein Flieger Romanshorn. Das Geräusch des Motors war deutlich zu hören. Das Flugzeug muß mit Scheinwerfern ausgerüstet gewesen sein, denn man sah mehrfach Lichtbündel die Wolken beleuchten und den Seespiegel ableuchten. Das Geräusch des Motors entfernte sich ostwärts quer über den See. Wahrscheinlich handelt es sich um einen Friedrichshafen zugedachten feindlichen Besuch. Längs des ganzen deutschen Seeufers wurden alle Lichter ausgelöscht. Wahrscheinlich war der Flieger vom Elsaß her angemeldet worden.

Bern, 24. März. Die Schweizerische Depeschen-Agentur teilt mit, daß an zuständiger Stelle die von ihr gestern verbreitete Meldung von der Ueberfliegung von Romanshorn durch ein fremdes Flugzeug in allen Teilen als falsch bezeichnet wird.

Ein Stimmungsbild aus Flandern.

Ein im Felde stehender Groß-Berliner Genosse schreibt aus Flandern, 6. März:

Sieben volle Wochen war ich in der vordersten Front vor Nieuport. Die Eindrücke, welche fortgesetzt das Gemüt erregen, machen einen zeitweise ganz verwirrt. Westende-Bad und Lombartzyde gleichen fast nur noch Trümmerhaufen. Kostbare Möbel, Porzellan und sonstiges Hausgerät aller Art liegt in wüster Unordnung teils noch ganz, teils zerbrochen, umher. An den Innenwänden der zerschossenen Häuser hängen noch Bilder, darunter kostbare Gemälde und Reproduktionen; selbst die Mona Lisa fehlt nicht; lächelnd sieht sie herab von einer hohen Giebelwand. Mir ist, als gilt ihr Lächeln dem Genius der Menschlichkeit. Es beschleicht einem ein Jammer, wenn man daran denkt, wie doch jeder an seinem Heim hängt, und nun haben die Bewohner alles in eiligster Hast verlassen müssen. Mit wieviel Liebe und Sorgfalt sind Deckchen gestickt, Kanten gehäkelt und Scheibengardinen angebracht — und jetzt flattern sie aus den zerschlagenen Fensterscheiben im Winde und die Decken liegen im Schmutz umher.

Am allermeisten leidet natürlich die noch anwesende Bevölkerung. Man fühlt sich unwillkürlich zu ihr hingezogen. Still und ernst, zum Teil verbittert sind die Mienen der Männer; die Frauen laufen betrübt herum. Schwarz ist meistens ihre Kleidung. Alles macht einen trauernden Eindruck. Nur die Kinder geben dem Ganzen einen lebhafteren Ton. Rührend ist ihre Naivität. In Scharen wird man von ihnen umlagert und ihre Wünsche und Bitten drehen sich immer um etwas Eßbares. Die kecken Buben geben sich, um ihren Zweck zu erreichen, mit Kleinigkeiten erst gar nicht ab; da heißt es immer: „Soldaige, beige Brot — Vadder un Modder dot — Soldaige, Soldaige, beige Brot, Vadder un Modder dot". Das mag nicht immer stimmen, aber der Zweck heiligt bekanntlich die Mittel. Es ist gut, daß ich kein starker Esser bin, so kann ich von meinen Rationen reichlich abgeben. Zu Anfang war mir es immer recht schmerzhaft, zu sehen, wie diese Armen hungern, jetzt ist man auch hierin etwas abgestumpft, trotzdem tue ich, was ich nur irgend kann. Brot zu geben ist jetzt aber verboten!

Es ist eine wahre Ironie, daß ich mit meiner atheistischen Anschauung in einem — Kloster wohnen muß. Die Welt spielt doch recht wunderlich mit einem. Noch nie seit meinem Hiersein oder vielmehr solange der Krieg schon dauert, war es mir vergönnt, in einem Bett zu schlafen — immer war es ein mehr oder weniger dürftiges Strohlager, und nur selten war es ein heizbarer Raum. Alle Fußböden sind hier mit Steinfliesen belegt.

Die Stadt Brügge hat ein wunderbares Aussehen. Ich kenne die Geschichte der Stadt Brügge nicht; aber auch ohne dem sieht man, daß hier einst kolossaler Reichtum geherrscht haben muß. Wunderbare aus dem Mittelalter herrührende Bauten sind noch vorhanden. Im Museum hatte ich Gelegenheit, Kunstgegenstände aus der Zeit Kaiser Karls V. zu bewundern, überhaupt Schätze aus aller Herren Länder. Decken und geklöppelte Spitzen, die ein großes Vermögen repräsentieren.

Der türkische Krieg.

Die Pause in den Operationen.

London, 24. März. (W. T. B.) „Times" melden aus Tenedos vom 22. d. M.: Ein heftiger Nordoststurm macht seit drei Tagen Unternehmungen zur See unmöglich. Man vermutet, daß die Türken dadurch in Stand gesetzt werden, die beschädigten Batterien wieder herzustellen. Zehn Schlachtschiffe liegen bei der Insel vor Anker.

Die Verluste der Alliierten bei den Dardanellen.

Dardanellen, 23. März. (W. T. B.) **Nach hier gemachten Aufstellungen sind die Verluste des Feindes am 18. März auf 134 Geschütze und 1200 Tote zu schätzen, darunter allein 50 Tote auf dem Schlachtkreuzer „Inflexible".**

Englische Darstellung der Vernichtung der vier Panzer.

London, 24. März. (W. T. B.) „Daily News" meldet aus Tenedos über den Untergang der Kriegsschiffe: Die „Bouvet" neigte sich, nachdem sie auf eine Mine gelaufen war, nach Steuerbord über. Binnen 45 Sekunden beschrieb das Schiff einen Bogen von 45 Grad, dichter Rauch und Flammen, die hoch aufschlugen, entzogen das Schiff fast ganz dem Anblick. Dann kam das Schiff mit schnellem Ruck ganz auf die Seite zu liegen, so daß der Mastkorb das Wasser berührte. Das Heck tauchte unter Wasser, eine halbe Minute später verschwand das Schiff in die Tiefe. Die „Irresistible" wurde mittschiffs getroffen, die Maschinen wurden zerstört, die Maschinisten hatten am meisten Tote. Während die Boote, die nach Minen ausschauten, mit der Rettung der Mannschaft beschäftigt waren, wurden sie von den türkischen Geschützen wütend beschossen. Die „Irresistible" blieb hilflos wie ein Klotz liegen. Die „Ocean" sank schneller nach der Explosion des Magazins, die das ganze Schiff zu einem Wrack machte. Die „Gaulois" wurde am Bug durch ein Torpedo oder eine Granate getroffen, sodaß das Wasser schnell einströmte. Das Schiff wurde an der Mündung der Meerenge auf den Strand gebracht, ist aber wieder flott gemacht und ausgebessert worden. Niemand an Bord war verwundet.

Der Krieg und die Kolonien.

Kämpfe in Südwestafrika.

Kapstadt, 23. März. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Botha sandte in der Nacht zum 19. März den Kommandanten Collins mit dem linken Flügel der zweiten berittenen Brigade von Husab nach einem Punkt nördlich von Pforteberg. Zugleich wurde Oberst Albert mit dem rechten Flügel derselben Brigade ausgesandt, um Pforteberg anzugreifen. Collins war nicht imstande, den Feind aus seinen stark verschanzten Stellungen zu werfen. Pforteberg wurde durch Oberst Albert bei Tagesanbruch angegriffen. Der Feind ergab sich um 3 Uhr nachmittags, über 200 Mann stark (?). Am Abend des 19. März begab sich die erste berittene Brigade unter Oberst Britz von Husab nach Riet, das am Morgen angegriffen wurde. Botha begleitete diese Brigade. Oberst Britz bekam bei Sonnenaufgang Fühlung mit dem Feinde nach einem Marsch von 25 Meilen. Er griff die sehr starke Stellung des Feindes an, dessen rechter Flügel sich auf das Bett des Swakopflusses stützte, der durch das feindliche Gewehr- und Maschinengewehrfeuer bestrichen werden konnte. Vor dieser Stellung befand sich offenes Gelände, das auf eine Entfernung von 800 Yard keine Deckung bot. Die erste Brigade kämpfte den ganzen Tag, aber der Feind begann erst spät abends zu weichen. Er zog sich schließlich zurück, nachdem er die Pumpeneinrichtung in die Luft gesprengt hatte. Der Feind verlor acht Tote und acht Verwundete. Die Unionstruppen hatten viel unter Hunger und Durst zu leiden; einige hatten 30 Stunden kein Wasser und nichts zu essen. (Anm. d. W. T. B.: Ueber die Verluste der Engländer wird bezeichnenderweise nichts gemeldet.)

Grey über den Ursprung des Krieges.

London, 23. März. (W. T. B.) Staatssekretär Grey sagte in einer Rede über den Ursprung des Krieges: Der Krieg hätte durch eine einfache Konferenz unter den Mächten verhindert werden können, wenn Deutschland zugestimmt hätte. Frankreich, Italien und Rußland erklärten sich im Juli 1914 bereit, die Konferenz anzunehmen, und nachdem England einen Vorschlag dazu gemacht hatte, schlug man dem Zaren und dem Deutschen Kaiser vor, daß der Streit an das Haager Schiedsgericht verwiesen werden solle. Aber Deutschland lehnte jeden Vorschlag ab, den Streit auf solche Weise zu schlichten. Daher ruht die Verantwortung, Europa in diesen Krieg gestürzt zu haben, allezeit bei Deutschland. Der Streit zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien, den Deutschland als Gelegenheit zum Kriege benutzte, war viel leichter zu schlichten, als zwei Jahre früher die Balkankrise, die mit gutem Erfolge überwunden wurde. Deutschland wußte aus seiner Erfahrung mit der Londoner Konferenz, daß es auf unseren guten Willen für den Frieden auf jeder Konferenz rechnen konnte. Wir suchten auf der Londoner Konferenz keinen diplomatischen Triumph, intrigierten nicht und arbeiteten unparteiisch und ehrenhaft für den Frieden. Wir waren im Juli bereit, das wieder zu tun. Wir gaben in den letzten Jahren Deutschland wiederholt die Versicherung, daß kein Angriff auf das Deutsche Reich von unserer Seite Unterstützung erhalten würde; wir lehnten nur das unbedingte Versprechen ab, neutral zu bleiben, wie aggressiv auch immer Deutschland sich gegen seine Nachbarn verhalten würde. Wir wissen jetzt, daß Deutschland sich so sehr auf den Krieg vorbereitete, wie nur ein Volk es tut, das den Krieg will. Dies ist das viertemal in der Erinnerung des noch lebenden Geschlechts, daß Preußen in Europa Krieg führt. Wir wissen urkundlich, daß Preußen in den Jahren 1864, 1866 und 1870 den Krieg wollte. Dasselbe geschah jetzt, und wir sind entschlossen, daß es das letztemal sein soll. Grey fuhr fort: er habe lange vor dem Krieg Belgien versprochen, daß England niemals seine Neutralität verletzen würde, solange sie von anderen respektiert bliebe. Wenn Deutschland in Belgien einrückte, so waren wir verpflichtet, ihm mit all unserer Kraft entgegenzutreten. Wenn wir das nicht im ersten Augenblick getan hätten, glaubt jemand heute noch, daß, wie Deutschland Belgien angriff, die bürgerliche Bevölkerung niederschoß und das Land verwüstete in einer Art, die alle Regeln der Kriegsgebräuche und der Humanität verletzte, glaubt da jemand, daß wir hätten stillsitzen und zuschauen können ohne ewige Schande? Eine wesentliche Friedensbedingung muß die Wiederherstellung des unabhängigen nationalen Lebens und des freien Besitzes seines Gebietes für Belgien sein und, soweit möglich, eine Entschädigung für das ihm geschehene grausame Unrecht. Die große Idee, für die die Alliierten kämpfen, ist die, daß die Nationen Europas ihr eigenes unabhängiges Leben führen können, die eigenen Regierungsformen und die eigene nationale Entwickelung in voller Freiheit ausbilden können, gleichviel ob es große oder kleine Nationen sind. Wir lernten seit Beginn des Krieges von deutschen Professoren und Publizisten das deutsche Ideal kennen. Es ist das, daß die Deutschen ein überlegenes Volk sind, dem alles erlaubt ist, was zur Macht führt, und gegen das jeder Widerstand unrecht ist. Die Deutschen erstreben die Herrschaft über die Nationen des Kontinents, diesen nicht Freiheit, sondern Dienstbarkeit unter Deutschland bringend. Grey sagte: er selbst wolle lieber umkommen oder den Kontinent verlassen, als unter solchen Bedingungen leben.

Das Wolffsche Telegraphenbureau bemerkt dazu:

Sir Edward Grey verschweigt, daß es sich während der Balkankrisis um eine Konferenz handelte, die bezweckte, die Interessen der verschiedenen Großmächte an der endgültigen Regelung der Verhältnisse auf dem Balkan auszugleichen. Der Streitfall zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien betraf nur zwei bestimmte Staaten. Die Entscheidung dieses Streitfalles einer Konferenz von Mächten zu übertragen, die in keiner Weise daran beteiligt waren, wäre mit der Würde einer Großmacht unvereinbar gewesen und hätte lediglich Rußland die Zeit gegeben, durch Mobilisierung seiner ungeheuren Armee die Freiheit der Entschließungen der Konferenz illusorisch zu machen. Welche Macht sich auf jede Weise auf einen Krieg vorbereitet hatte, ergeben die von der englischen Regierung stets geleugneten geheimen politischen und militärischen Abmachungen Englands mit Rußland, Frankreich und Belgien. Daß nicht die Rücksichtnahme auf Belgien, dessen Unabhängigkeit und Integrität durch die bekannten Erklärungen Deutschlands gesichert war, Englands Beteiligung am Kriege bedingt hat, hat selbst die „Times" in einem plötzlichen Anfall von Wahrheitsliebe unlängst zugegeben. Welches Land die Freiheit der kleinen Völker tatsächlich bedroht, zeigt die ganze Geschichte des englischen Kolonialreiches, sowie der Gebrauch, den England von dem Gewaltmittel seiner Flotte im gegenwärtigen Kriege macht.

Drohungen an die Hafenarbeiter.

London, 24. März. (W. T. B.) Lord Kitchener sandte gestern einen Brief an den Sekretär der Nationalunion der Hafenarbeiter, in dem er mitteilte, daß die Regierung scharfe Maßnahmen gegen die Liverpooler Hafenarbeiter getroffen hätte, die sich fortgesetzt weigerten, Ueberstunden zu machen, und die bisherige Taktik nicht änderten.

Eine Erklärung Van Kols.

Aus Amsterdam schreibt man uns:

Außer den vielbesprochenen Aeußerungen des Parteivorsitzenden Genossen Vliegen hat auch eine dem Genossen Van Kol zugeschriebene Kundgebung zugunsten der Verbündeten in den Kreisen der holländischen Arbeiterpartei vielfach Mißbilligung erfahren und sie ist auch vom Zentralorgan „Het Volk" getadelt worden. Genosse Van Kol hat lange — sechs Wochen — über die Angelegenheit geschwiegen, wie er mitteilt, weil ihm die betr. Blätter spät in die Hände kamen. Der Umstand allerdings, daß eine Reihe von Parteiorganisationen dem bevorstehenden Parteitag Resolutionen vorgelegt haben, die auf die Aeußerungen Vliegens und Van Kols Bezug nehmen, machte eine Klarstellung des Tatbestandes wünschenswert. Genosse Van Kol hat sich dazu insbesondere auch dadurch veranlaßt gesehen, daß Genosse Troelstra in seiner vor kurzem erschienenen Schrift über den „Weltkrieg und die Sozialdemokratie" auf diese Aeußerungen mit schärfstem Tadel hingewiesen hat. Gen. Van Kols Erklärung ist im „Het Volk" vom 18. März erschienen. Sie läßt die Sachlage in einem etwas anderen Lichte erscheinen, so daß die an Van Kols Auftreten geübte Kritik wenigstens zum Teil gegenstandslos wird.

Van Kol stellt fest, daß der Bericht der „Humanité" über die Sitzung der französischen Fraktion, der er beigewohnt hat, irreführend ist. Van Kol hat die ihm zugeschriebene Aeußerung über die wünschbare Fortführung des Krieges zum Heile der Demokratie nicht getan. Als Gast der Fraktion vom Gen. Varenne, der den

Vorsitz führte, mit dem Hinweis auf den Schmerz begrüßt, den der drohende Einsturz der Internationale einem Genossen bereiten müsse, dessen ganzes Leben ihrem Aufbau gewidmet gewesen wäre, gab Van Kol eine Antwort, deren Inhalt er folgendermaßen wiedergibt: „In meiner sehr kurzen Antwort gab ich jedoch meiner festen Ueberzeugung Ausdruck, daß die proletarische Internationale notwendig wiedererstehen und sich nach dem Kriege kraftvoller zur Geltung bringen werde als je. Ueber die Fortsetzung des Krieges habe ich mit keinem Wort gesprochen."

Van Kol gibt dann einen weiteren Satz wieder, der die deutsche Politik und Kriegführung gegen Belgien betrifft und erklärt, als Mensch und Sozialist zu dieser Meinungsäußerung das Recht gehabt zu haben. Der Einladung, in französischen Parteiblättern sein Urteil über den Krieg niederzuschreiben, habe er nicht Folge geleistet. Dagegen frage er, ob die Leitung der holländischen Arbeiterpartei in bezug auf die Handhabung der Neutralität nicht zu viel fordere und ob die zu weit getriebene Neutralität der internationalen Sozialdemokratie nicht Schaden zufüge. Müsse ein Sozialdemokrat schweigen, wenn Verträge verletzt und sein Rechtsgefühl beleidigt werde?

Die Redaktion des „Het Volk" bedauert, daß Van Kol den Bericht in der „Humanité" nicht berichtigt hat, da so das Mißverständnis früher beseitigt worden wäre. Das „Volk" habe mit seiner Kritik der Kriegführenden nicht zurückgehalten. Die Nähe Belgiens aber schaffe die Gefahr, einseitig zuungunsten Deutschlands zu urteilen. Unter den gegebenen Umständen, bei den Aufgaben der holländischen Partei und besonders ihrer Delegierten im Internationalen Bureau müsse aber der Schein der Voreingenommenheit streng vermieden werden.

Hoffentlich wird die Ausübung der Neutralität, an der die holländischen Sozialisten ein gewisses Interesse haben — um ihres Landes und der Internationale willen — durch keine Unbesonnenheiten, Ungeschicklichkeiten und Mißverständnisse mehr gestört werden. Die Episode mit dem so ungenauen Protokoll der französischen Fraktionssitzung aber mag eine Mahnung daran sein, mit welchem Zweifel man Dokumente, und seien sie selbst offiziell, heutzutage lesen muß. Die Ehrlichkeit des Schriftführers der Fraktion, Genossen Hubert Rouger, steht außer allem Zweifel. Aber Wunsch und Hoffnung täuschen mehr — minder gern die Sinne, als Furcht, Haß und Verzweiflung.

Tisza über das Verhältnis zu Italien.

Budapest, 23. März. (W. T. B.) Der „Pester Lloyd" veröffentlicht eine Unterredung, welche der Mitarbeiter der „Stampa", Graf A. Ponzoni, mit dem Ministerpräsidenten Grafen Tisza gehabt hat und die insbesondere durch Mitteilungen über das Verhältnis zu Italien bemerkenswert sind. Tisza sagte hierüber folgendes: Die aufmerksame und gründliche Untersuchung der gegenwärtigen Lage und die Zukunft der beiden Länder läßt glauben, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten, die durch mannigfache Verhältnisse heraufbeschworen worden sind, eine friedliche und freundschaftliche Lösung finden können. Gern gebe ich meinem lebhaften Wunsche und der festen Hoffnung auf diese Lösung Ausdruck. Desgleichen glaube und hoffe ich, daß zwischen beiden Mächten der Einklang aufrichtig und dauernd sein wird, denn ich bin überzeugt, daß sie beide durch vitale und bleibende Interessen darauf angewiesen sind, die Fundamente zu einer innigen Freundschaft und fruchtbaren Harmonie zu legen, und wünschte aus vollem Herzen, daß das über alles kräftige Motiv der Gerechtigkeit sich zur Geltung durchringt. Dies bestimmt mich dazu, Ihnen auch über unsere gegenwärtige Lage einiges zu sagen. Seit Beginn des Krieges sind die allerentgegensetztesten Gerüchte über unsere militärische Aktionsfähigkeit und über unsere moralische Widerstandsfähigkeit verbreitet worden. Auch über die inneren Verhältnisse der Monarchie sind unwahre Mitteilungen veröffentlicht worden. Sie konnten aber schon nach flüchtiger Beobachtung feststellen, welch ruhiges und regelmäßiges Leben in der ungarischen Hauptstadt geführt wird. Ich könnte manches darüber sagen, da ich aber fürchte, daß man meine Worte als tendenziös und befangen hinstellen und mich als eines objektiven Urteils unfähig betrachten möchte, will ich lieber schweigen, zumal da die unvergleichliche Beredsamkeit der Tatsachen weit schwerer als jede Erläuterung und Aufklärung wiegt.

Carp über Rumäniens Interessen.

Die „Kölnische Zeitung" meldet:

In seiner Bukarester Zeitung „Moldawa" veröffentlicht der Staatsmann Carp Betrachtungen, die für deutsche Leser von besonderem Interesse sein dürften. Er wirft darin die Frage auf, ob Rumänien seinen Interessen mehr dient, wenn es mit dem Dreiverband geht oder wenn es zum Dreibund hält. Er stellt fest, daß Rumäniens wirtschaftliche Zukunft von den Donaumündungen abhängt. Wenn Rumänien eine Stellung einnimmt, die ihm Siebenbürgen verschafft, es aber der Donaumündungen beraubt, ist es verloren und Siebenbürgen mit ihm. Gelingt es ihm aber, im Zusammengehen mit dem Dreibund die Donau bis zum Dnjestr zu vervollständigen, so wird die siebenbürgische Frage von den künftigen Generationen leicht und ohne Konflikt mit Oesterreich-Ungarn gelöst werden. Rumänien hat ja mit allen Balkanvölkern auch ein gemeinsames Interesse an der Erhaltung der Neutralität der Dardanellen. Rußlands Interessen sind den rumänischen entgegengesetzt. Deutschland dagegen hat auf der Londoner Konferenz Rumäniens Rechte auf die Donau siegreich unterstützt, und ihm verdankt Rumänien zum großen Teil seinen wirtschaftlichen Aufschwung. Deutschland braucht ebenfalls die Neutralität der Meerengen. Deshalb sind die Interessen Rumäniens mit denen Deutschlands identisch und dadurch ebenso mit denjenigen Oesterreich-Ungarns. Zur Frage der rumänischen Neutralität weist Carp darauf hin, daß der Kronrat nicht die Neutralität Rumäniens, sondern das bewaffnete Abwarten beschlossen habe. Wenn der Krieg noch sechs Monate dauere, werde Rumänien seine bisherigen Schulden von einer Milliarde noch um 200 Millionen vermehren. Ein besiegtes Deutschland werde ihm nicht helfen können und wollen. Der Dreiverband werde selbst im Falle seines Sieges wegen seiner finanziellen Ueberlastung nicht können. Träte Rumänien aber in Aktion und gewänne Bessarabien, so würde es einen Machtzuwachs erhalten, der ihm gestatten würde, Armee und Budget in ihrer normalen Lage zu erhalten, und das dankbare Deutschland würde Rumänien die Liquidierung seiner finanziellen Lage erleichtern. Schließlich wirft der Verfasser noch die Frage auf: Was bietet Rußland und was bieten die Zentralmächte? Rußland verspreche die rumänischen Teile der Bukowina und Siebenbürgen, schweige über das Banat, über die Körösgegend, über Marmaros und beanspruche für sich das ganze Schwarze Meer mit den Meerengen. Dann werde die Bukowina bis zum Sereth russisch, Marmaros werde ebenfalls von Siebenbürgen losgelöst werden, das Banat werde an Serbien fallen und das Körös-tal an die Ungarn. Das slawische Element würde sich ausdehnen und Rumänien wie einen Reif umgeben. Vom Meere weggedrängt, werde Rumänien zum Vasallenstaat Rußlands werden. Für einen kleinen Teil Siebenbürgens würde Rumänien Millionen von Rumänen und die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Königreichs opfern. Der Dreibund biete ganz Bessarabien, also nahezu 2 Millionen Rumänen, sichere die Neutralität der Meerengen, das ist die wirtschaftliche Unabhängigkeit, und entferne von den rumänischen Grenzen den allslawischen Druck. Der Verfasser appelliert an die gesunde Vernunft der Rumänen zur Entscheidung über die Haltung, die ihnen ihre Ehre, ihr Interesse und ihre Dankbarkeit gebieten.

Zur Lage in Serbien.

Der in Odessa eingetroffene russische Konsul in Nisch, Tschachotin, hat sich laut einem Bericht in der „Kijewskaja Mysl" folgendermaßen über die Lage in Serbien geäußert: Serbien habe die eingetretene Pause in den Kriegshandlungen benutzt, um seine Armee mit jungen Rekruten zu komplettieren und mit Soldaten aus den in den Balkankriegen neu eroberten Provinzen, im besonderen aus Mazedonien zu verstärken. Jetzt finden nur artilleristische Kämpfe statt, bei denen die Serben französische Geschütze benutzen.

Die wirtschaftliche Lage Serbiens hat nach den Worten des russischen Konsuls stark gelitten. Der Außenhandel, der sich auf 200 Millionen Frank jährlich belief, ist vollkommen lahmgelegt. Trotzdem leidet die Bevölkerung keinen besonderen Mangel (?), da sie die erforderlichen Produkte über Saloniki erhält. Es herrscht lediglich großer Mangel an Mehl, das stark im Preise gestiegen ist. Die Mehlzufuhr aus Rußland rettet die serbische Bevölkerung vor dem Hunger.

Eine furchtbare Geißel für das Land bilden die Epidemien, vor allem die Flecktyphusepidemie, die Hunderte von Opfern fordert. Das schon ohnehin ungenügende ärztliche Personal hat stark gelitten. Alle Bemühungen, die Epidemien zu bekämpfen, verschwinden gegenüber den Aufgaben, die durch sie gestellt worden sind.

Auf politischem Gebiete stellt der russische Konsul einen heftigen Kampf zweier Parteien fest: der Militärpartei und der Zivilpartei. Die stärksten Auseinandersetzungen finden statt über die Haltung Serbiens in der serbisch-bulgarischen Frage, die in der Tat mit jedem Tage an Aktualität gewinnt, was für die Gesamtlage auf dem Balkan von großer Bedeutung ist. Während die Militärpartei gegen die Abtretung Mazedoniens an Bulgarien ist, zeigt die Zivilpartei die Neigung, die bulgarischen Forderungen zu befriedigen.

Revolutionäre Agitation in der Ukraine.

Petersburg, 23. März. (W. T. B.) Menschikow veröffentlicht in der „Nowoje Wremja" einen höchst erregten Artikel gegen die revolutionäre Bewegung in der Ukraine, welche von den sogenannten Mazeppisten ausgeht. Diese verbreiteten am Todestage des Ukrainer Dichters Schewtschenko eine Proklamation, die von dem Bureau der Ukrainer Studentenschaft in Kiew unterschrieben war. Der Originaltext der Proklamation, die sich gegen die jahrhundertelange Unterdrückung der Ukrainer durch die Russen wendet, ist von der Zensur gestrichen.

Zum Aufruhr in Singapore.

Amsterdam, 24. März. (W. T. B.) Der „Telegraaf" meldet aus London: Das Kolonialamt teilt mit, daß in Singapore alle Teilnehmer am Aufruhr sich ergeben hätten, gefangen genommen oder getötet worden seien. Fünf Rädelsführer wurden nach rechtskräftigem Urteil erschossen und acht zu Gefängnisstrafen von einem bis fünf Jahren verurteilt. Während des Aufruhrs entkamen 17 deutsche Gefangene. Sechs wurden wieder eingebracht. Das Verhalten der übrigen ließ nichts zu wünschen übrig.

Rotterdam, 23. März. (W. T. B.) Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" berichtet nach dem „Delhi Courant" vom 19. und 20. Februar weitere Einzelheiten über die Meuterei in Singapore: Von Passagieren des Schiffes „Medusa", das am 19. Februar in Belavan einfuhr, erfuhr der „Delhi Courant", daß seit dem 15. Februar in Singapore unter den Pandschab-Soldaten ernstliche Unruhen herrschten. Die Engländer erzählten, die Ursache der Unzufriedenheit sei gewesen, daß die Leute nicht an die Front geschickt wurden, was der „Delhi Courant" schwer glaublich findet. Acht Europäer fielen in dem ersten Gefecht oder wurden verwundet. Der Belagerungszustand wurde angekündigt. Frauen und Kinder mußten an Bord des Transportschiffes „Nile" gebracht werden. Die Holländer flüchteten an Bord der Paketfahrtschiffe. Die Europäer wurden bewaffnet und erhielten Befehl, jeden Meuterer auf der Straße niederzuschießen. Am 17. Februar, als die „Medusa" Singapore verließ, waren die Behörden Herren der Lage. Da der Zensor keine Nachrichten durchließ, gingen aufregende Gerüchte unter den Eingeborenen um, beispielsweise, daß der Suezkanal von den Türken besetzt sei und daß Hunderte in den Straßen Singapores erschossen worden seien. Wie das Blatt „Straits Echo" berichtet, lag eine wohlvorbereitete Verschwörung vor. „Delhi Courant" meldet weiter, daß die meuternden Pandschabs die Kabelstation angriffen. Der Leiter der Station und seine Frau kamen dabei um. 700 indische Soldaten sollen gemeutert haben. 300 von ihnen fielen im Gefecht mit den europäischen Truppen, 400 Pandschabs sollen in der Kaserne bis zum 17. Februar Widerstand geleistet haben, wo sie sich eingeschlossen hatten, nachdem sie ihre Offiziere erschossen hatten. Panischer Schrecken entstand unter den Europäern, aber ein Teil des 5. Infanterie-Regiments kam zu Hilfe und ein französisches Kriegsschiff, das gerade abgefahren war, wurde drahtlos zurückberufen. Es landete eine starke Abteilung. Nachts fanden kleine Scharmützel statt. Am folgenden Tage wurde aufs neue gekämpft. Am 17. Februar wurden 200 Meuterer festgenommen. „Nieuwsblad" in Batavia berichtet, daß viele Zivilpersonen ermordet wurden. Am 16. Februar wurden 16 Personen beerdigt, darunter eine Dame, die erschossen worden war. Alle diese Berichte beruhen auf mündlichen Mitteilungen, da die Zensur nichts durchläßt.

Die chinesisch-japanische Krise.

London, 24. März. (W. T. B.) Dem Reuterschen Bureau zufolge machte die Konferenz zwischen den chinesischen und den japanischen Vertretern in Peking nach den letzten Mitteilungen beträchtliche Fortschritte. Vier von den sieben Forderungen betreffend die Mandschurei wurden erledigt.

London, 24. März. (W. T. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Peking: Am 23. März sind 1000 Japaner in Tsinanfu, 500 in Fangtse bei Weihsien angekommen, in Mukden 3000 und ebensoviele in Dalny. In Mukden und Dalny werden große Kasernen gebaut, was darauf schließen läßt, daß weitere Truppen erwartet werden.

*

Amsterdam, 24. März. (W. T. B.) Der „Rotterdamsche Courant" meldet aus London: In Peking wurden dem „Daily Telegraph" zufolge am Krankenbette Hiokis in der japanischen Gesandtschaft die Verhandlungen fortgesetzt. Die Artikel 2 und 3 bilden noch eine große Schwierigkeit. China hatte bereits 10 von den geforderten 27 freien Handelsplätzen gestrichen, da diese in der Mongolei liegen und China sich hartnäckig weigert, über die Mongolei zu verhandeln. Ferner strich China 13 Bergwerksgebiete, die Japan verlangte. Vier davon liegen in der Mongolei, während für andere schon andere Bewerber, darunter Engländer, sich gemeldet hatten, was zu neuen Schwierigkeiten führen könnte. Die Verhandlungen sind bereits bei Gruppe 3 angekommen, nämlich bei der Hanyehpingfrage betreffend die Zukunft der Mineralgebiete im ganzen Bereiche des mittleren Yangtsekiang. Diese werden aber leichter zu lösen sein, als das Polizeiproblem und die Frage der Exterritorialität. Inzwischen beginnen die Landungen japanischer Truppen an mehreren Punkten. Die Regierung in Peking erhielt gestern abend dringende Telegramme von den Provinzbehörden, daß die Garnison von Tsinanfu auf 1000 Mann verstärkt wurde und Mukden 3000 Mann Verstärkung erhielt, während drei Transportschiffe mit 3000 Japanern vor der Takubank liegen sollen. Transportschiffe erschienen vor dem Yangtse und vermutlich auch vor Hankau. Ueber die Verhandlungen betreffend China namentlich über Futschu und Amoy sind noch keine Nachrichten zu erhalten. Das Interesse konzentriert sich auf die Truppen vor der Takubank. Während China sich der Verstärkung der Besatzung von Tientsin nicht widersetzen kann gemäß dem Friedensvertrage von 1901, würde jede Verstärkung einer Gesandtschaftswache über eine bestimmte Grenze hinaus eine Angelegenheit sein, die das ganze diplomatische Korps angehen würde, wogegen sich China augenblicklich wehren würde. Als Vorsichtsmaßregel wurden 78 000 Mann chinesische Truppe, die Elite der chinesischen Armee mit 180 Geschützen um die Hauptstadt zusammengezogen. Die Lage ist schwierig, aber nicht verzweifelt. Es ist alle Hoffnung vorhanden, daß ein Mittelweg gefunden wird.

Der britisch-japanische Einfluß in China.

London, 24. März. (W. T. B.) Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian" schreibt: Da alle sich für britisch ausgebenden Handelsgesellschaften in China bei den britischen Konsulaten eingetragen werden mußten, sind 29 deutsche und österreichische Firmen in Hongkong, unter ihnen die Filialen der Hamburg—Amerika-Linie, und des Norddeutschen Lloyd, zwangsweise von den britischen Liquidatoren aufgelöst worden.

Amerikas Waffenlieferungen.

Washington, 24. März. (W. T. B.) Das Handelsdepartement teilt mit, daß in den ersten sieben Kriegsmonaten Kriegsmaterial und Proviant an die Armeen der Alliierten im Werte von 296 631 400 Dollar ausgeführt wurde. Die Getreideausfuhr betrug 301 855 000 gegen 111 583 000 im Vorjahre. Die Ausfuhr an Explosivstoffen betrug 9 258 000 Dollar, an Feuerwaffen 5 863 000, an Sätteln und Pferdezeug 6 126 000, an Fleisch 11 100 000, an Zucker 18 333 000, an Wollstoffen 13 600 000, an Baumwollstoffen 6 907 000, an Automobilen und Motorwagen 11 000 000 Dollar.

Letzte Nachrichten.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 24. März. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von heute nachmittag: Eine Division der belgischen Armee rückte auf dem rechten Yserufer vor, eine andere nahm einen deutschen Schützengraben auf dem linken Ufer. Im Hartmannsweilerkopf nahmen wir nach der ersten Grabenlinie, von der im vorhergehenden Bericht die Rede war, die zweite Linie ein auf einer Front von drei Kompagnien. Jenseits der Linie richten sich unsere Truppen in kurzer Entfernung vom Gipfel ein. Wir machten Gefangene, darunter mehrere Offiziere.

Zeppeline über Paris.

Paris, 24. März. (W. T. B.) „Echo de Paris" berichtet, daß am Montagabend Zeppeline zwei Gruppen bildeten und Paris im weiteren Umkreise umflogen, ohne das befestigte Lager überfliegen zu können. „Petit Parisien" sagt, daß Zeppeline über Precy-sur-Oise, 48 Kilometer von Paris, gesehen worden seien.

Ein Luftkampf über holländischem Gebiet.

Bergen-op-Zoom, 24. März. (W. T. B.) Heute vormittag fand zwischen einer Taube und einem englischen Zweidecker ein Luftkampf statt. Der Zweidecker mußte niedergehen, die Flieger wurden interniert. Die Taube verfolgte einen Kurs in westlicher Richtung.

Die letzten Tage in Przemysl.

Wien, 24. März. (W. T. B.) Der Kriegsberichterstatter der „Neuen Freien Presse" meldet: Die letzten beiden aus Przemysl entkommenen Flieger berichten folgende erschütternden Einzelheiten über die letzten Stunden der Festung: Der Gesundheitszustand der Besatzung war, wenn man die außerordentlichen Umstände in Rechnung zieht, recht gut zu nennen. In den letzten Wochen aber füllten sich die Spitäler infolge der furchtbaren Entbehrungen immer mehr mit vor Hunger erschöpften Leuten. Fast jeder zweite Mann war im Spital. Vor dem letzten Ausfall am Freitag erhielten die Leute je zwei Konserven. Sie stürzten sich heißhungrig darauf und mancher ausgedörrte Magen konnte das ungewohnte Maß an Nahrung nicht mehr vertragen. Es gab Erkrankungen, sogar Todesfälle. Alle Pferde waren schon geschlachtet und verzehrt worden. Zuletzt kamen die der Generale an die Reihe. Der letzte Hafer wurde zu Schrot vermahlen und zugleich mit Pferdefleisch an die Hungernden für die Zeit der Uebergabe verteilt, bis die Russen für sie weiter zu sorgen hatten. Man erzählt, daß man dem Festungskommandanten am Sonntag eine gebratene Brieftaube aufgetragen, das Einzige, was es außer Pferdefleisch noch gab. General Kusmanek wies den Braten ab und schickte ihn einem Schwerkranken ins Spital.

Englische Verluste in Südwestafrika.

Kapstadt, 24. März. (W. T. B.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Verluste der Unionstruppen in dem Gefecht am 20. März 60 Meilen östlich Swakopmund betrugen 13 Tote, 36 Verwundete und 43 Vermißte.

Wolffs Telegraphenbureau bemerkt hierzu: Diese Verlustangaben lassen nach früheren Erfahrungen tief blicken.

Freireligiöse Gemeinde

Jugendweihe der Kinder von Gemeindemitgliedern
am **Sonntag, den 28. März,** vormittags 10 Uhr,
in der **Festhalle** des Berliner Stadthauses, Eingang nur Jüdenstraße.

Festvortrag von Dr. **B. Wille: „Der innere Halt“.**

Einleitung der Feier durch Vorspiel auf Harmonium, Cello, Violine unter der Mitwirkung des Kinderchors. 55/8

Eintrittspreis 20 Pf. Kinder 10 Pf.

Jeden Sonntag, vormittags 11 Uhr, in der Kleinen Frankfurter Straße 6: Vortrag.

Am 4. April: Herr **A. Fischer.** Am 11. April: Herr **W. Bölsche.** — Gäste willkommen.

Deutsches Theater
Direktion: Max Reinhardt.
7½ Uhr: **Rappelkopf (Alpenkönig und Menschenfeind).**
Freitag: **Schluck und Jau.**

Kammerspiele
8 Uhr: Zum 125. Male: **Die deutschen Kleinstädter.** Freit.: **Gawän.**

Theater für Donnerstag, 25. März:

Berliner Theater
8 Uhr: **Extrablätter!**

Deutsches Künstler-Theater
8 Uhr: **Der Pfarrer von Kirchfeld.**

Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
8 Uhr: **Josef.**

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
8 Uhr: **Die Fledermaus.**

Gebr. Herrnfeld-Theater
8 Uhr: **Familie Piaschek.** Heilbring contra Heilbring.

Kleines Theater
8 Uhr: **Der kategorische Imperativ**

Komische Oper
8.10 U.: **Gold gab ich für Eisen.**

Komödienhaus
8 Uhr: **Biedermeier.**

Lessing-Theater
8 Uhr: **Im weißen Röss'l.**

Lustspielhaus
8¼ U.: **Die Orientreise.**

Metropol-Theater
8 Uhr: **Woran wir denken!**

Montis Operetten-Theater
8 Uhr: Gustav. Louis Treumann. **Hoheit tanzt Walzer.**

Residenz-Theater
8 Uhr: **Die Schöne vom Strand.**

Rose-Theater
8 Uhr: **Madame Potiphar.**

Schiller-Theater O.
8 Uhr: **Das Prinzip.**

Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: **Wallensteins Tod.**

Thalia-Theater
8 Uhr: **Kam'rad Männe.**

Theater am Nollendorfpl.
8¼ Uhr: **Immer feste druff!** Sonnt. 3½ U.: Die Dollarprinzessin.

Theater des Westens
8 Uhr: **Polenblut.**

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr: **Hedda Gabler.**

Trianon-Theater
8¼ U.: **Akrobaten.**

Volksbühne. Theater am Bülowplatz
8¼ U.: **Berg Eyvind und sein Weib.**

Walhalla-Theater
8 Uhr: **Die Jagd nach dem Glück.**

URANIA Taubenstr. 48/49.
4 Uhr (halbe Preise):
Auf d. Schlachtfeldern Ostpreußens
8 Uhr: Generalmajor a. D. Bahn:
Unsere schwere Artillerie und ihre Wirkungen.

Zirkus Alb. Schumann
Donnerstag, 25 März, Anf. 7½ Uhr:
Elite-Vorstellung
mit großem Sportprogramm.
Um 9½ Uhr: Um 9½ Uhr:
Ost und West
Großes patriotisch. Schaustück aus der Gegenwart
in 4 Akten.
1. Akt: **Die Russen in Galizien.**
2. Akt: **Deutsche in Belgien.**
3. Akt: **Unsere Helden in Frankreich.**
4. Akt: **Angriff auf eine Festung.**

WINTER GARTEN
Fritzi Massary
Olga Desmond
sowie der
glänzende
März-Spielplan!

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
Weihnachtsabend im Schützengraben

Anfang 8 Uhr.
Militärpersonen und deren Angehörigen vollkommen freier Zutritt zu den Stett. Sängern.

Voigt-Theater.
Badstr 58. Badstr. 58.
Morgen Freitag, den 26. März 1915:
Das Geheimnis des Annaberges.
Schauspiel in 4 Akten v. C. Baumüller.
Musik von Franz Hoffmann.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

~~Theater Folies Caprice~~
8¾ *Possen-Theater* 8¾
Sprechstunde.
Ein angenehmer Herr.
Martin Kettner a. G.

Casino-Theater.
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Das neue dreiaktige Volkslustspiel:
Der Herr Kommerzienrat.
Dazu das ausgewählte Spezialitäten-Programm. — Kriegsbilder usw. usw.
Sonntag 4 Uhr:
Durch Klippen und Wellen.

Bilanz pr. 30. September 1914

Aktiva:

Warenbestand	3 934,13
Bäckereiutensilien	10 251,65
Kautionen	260,—
Wechselgeldbestandkassen	190,—
Bureauutensilien	105,50
Forderungen	790,44
Berliner Spar- und Bauverein, Anteil	300,—
Kassenbestand	—,48
Verlust	48,44
	15 880,94

Passiva:

Warenschulden	5 484,74
Schulden aus früheren Jahren	4 444,—
Darlehen	4 362,20
Geschäftsanteile	1 590,—
	15 880,94

Im Geschäftsjahr sind 8 Genossen ausgeschieden, so daß am 30. September 1914 152 Genossen mit 166 Anteilen vorhanden waren. Das Geschäftsguthaben und die Haftsumme haben sich je um 110,— M. vermindert. 1380b

Bäckereigenossenschaft „Volkshrot“
Eing. Genossenschaft m. beschr. Haftpfl.
Otto Korn. Beuster. Retusch. Kohllahn. Salffner.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Tel.-Amt Moritzplatz 10623, 3578. Bureau: Rungestraße 30.

General-Versammlung
Freitag, den 26. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause (großer Saal).
Tagesordnung:
1. Jahresbericht der Ortsverwaltung.
2. Ersatzwahlen der Ortsverwaltung und Angestellten.
3. Anträge.

98/12 **Die Ortsverwaltung.**

Spezialarzt
f. Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, **Beinkranke** jeder Art, **Ehrlich Hata** - Kuren in
Dr. Homeyer u. Co. konz. Laborat. f. Blutuntersuchung., **Fäden** i. Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum
Spr. 10—2, 5—9, Sonnt. 11—2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Verkäufe.

Steppdecken! Spottbillige Ausnahmepreise! Prachtvolle Similisseidene Steppdecken 4,35, 5,75, wundervolle, doppelseitige 7,50, 8,75 bis 13,50. Elegante Tülldecken 1,85, 2,85. Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbuserthor). Abonnenten 10 Prozent Rabatt. 268*

Monatsanzüge. Sommerpaletots, Gehrockanzüge, Smockinganzüge, Joppen, Hosen, Gelegenheitskäufe neuer Garderobe Neue Schönhauserstraße 12, Ecke Rosenthalerstraße. *

Teppich-Thomas, Oranienstr. 44 spottbillig farbfehlerhafte Teppiche, Gardinen. Vorwärtsleisern 5 Prozent Extrarabatt. 109*

Monatsanzüge, nur wenig getragen, Paletots, Ulster, Hosen, Gesellschaftsanzüge werden spottbillig verkauft. Die elegantesten Anzüge sind leihweise billig zu haben. Altbekannte Firma. Max Weiß, Große Frankfurterstraße 88. *

Teppiche mit kleinem Fehler, sehr billig. Gardinen, Portieren, Steppdecken, Tischdecken, Diwandecken, sehr billig. Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt. Teppichhaus Brümmer, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). 246/4*

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Heddörfer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstraße. *

Kleister zum Tapetenkleben und für andere Zwecke offerieren Kristein u. Co., Schützenstraße 6. Zentrum 1521 und 2327. 1370b*

Zehn Prozent Rabatt Vorwärtsleisern.

Gardinenreste. Fenster 1,55, 1,95, 2,45, 2,85, 3,50, 4,25, 5,50, 6,65 usw. E. Weitzenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik an der Koppenstraße.

Teppiche mit Webefehlern 7,50, 9,50, 11,50, 13,50, 16,50, 19,50, 22,50, 25,50, 29,50 usw. Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Restbestände, 1—3 Fenster Tuchportieren, Plüschportieren, Madrasportieren, neueste Muster, Fenster 2,85, 3,50, 3,95, 4,85, 5,75, 6,50, 7,50, 9,50, 11,50, 14,50, 18,50 usw. Portierenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Tuchdecken, Leinendecken, Plüschdecken 1,35, 1,65, 1,95, 2,45, 2,95, 3,65, 4,25, 4,85, 5,50, 6,75, 8,50, 9,70 bis 45 Mark.

Steppdecken, Similiseide, vornehme Ausführung 3,75, 4,85, 5,75, 6,50, 7,85, 9,50, 12,50, 14,50 usw. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 438*

Extrabilliger Bettenverkauf, Wäscheverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Festgeschenke, Steppdecken, Plüschdecken, Goldsachen, Pelzsachen, Wanduhren, Taschenuhren, Riesenauswahl Herrenanzüge, Herrenpaletots, Herrenhosen, Damengarderoben. Pfandleihhaus, Hermannplatz 6. *

Extrapreise zum Umzug. Künstlergardinen 3,75, Bettdecken 2,50, Tischdecken, Steppdecken, Teppiche, weit unter Preis. „Vorwärts“-Leser noch fünf Prozent Extrarabatt. Georg Lange Nachfolger, Chausseestraße 73/74 und Schöneberg, Hauptstraße 149. *

Vorjährige elegante Herrenanzüge, Paletots und Ulster aus feinsten Maßstoffen 25—60 Mark, Hosen 6—18 M. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Sonntag bis Abend geöffnet. 58*

Teppiche (Farbenfehler) enorm billig. Gardinen, Steppdecken. Gelegenheitskauf. Mauerhoff, Gr. Frankfurterstraße 9, parterre. „Vorwärts“-Leser 6 Prozent. 68*

Gute Eßkartoffeln, Zentner 6,50. Laborstr. 23, Laden. †14

Kostüme, Riesenauswahl, Sportjacken, Trauermäntel, Trauergarderobe, Blusen, Röcke, direkt aus Arbeitsstuben spottbillig. Meyer, Blücherstraße 13, I. Etage. Sonntags geöffnet. 76R*

Singermaschine, 8,00, gutnähend, Neanderstraße 27, Hof parterre. 24/4

Klappsportwagen, Kinderwagen und Klappstühlchen. Zingerhuth, Gitschinerstraße 62. 1386b

Kaninchen. Kanarien, Neanderstraße 27, Hof. 24/5

Möbel.

Kriegspreise, so billig nie wiederkehrend, nur jetzt im Kriege! Kleiderschrank und Vertiko mit Verglasung 39,—, Bettstelle englisch 36,—, Sofa 36,—, großer Teppich 21,—, Schreibtisch (Diplomat) 49,—, Küche, siebenteilig 56,—, Ankleideschrank mit Spiegel 67,—, Ausziehtisch 17,—, Rohrstuhl 4,—, Waschtoilette 19,—, Spiegelspind 19,—, Kommode 20,—, schöne Schlafzimmer spottbillig. Versäumen Sie diese Offerte jetzt nicht! Möbel-Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32.

Möbelkredit. Komplette Wohnungseinrichtungen, einzelne Möbelstücke. Geringste Anzahlung, bequemste Abzahlung. Kredithaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße, nahe Jannowitzbrücke. *

Herrliche, vollständige Wohnungseinrichtung, alles neu, für Spottpreis zu verkaufen bei Glas, Rosenthalerstraße 57, vorn III. (Gewerblich. Händler verbeten. 23/9*

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleiner Anzahlung schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis, Uebervorteilung ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen, Arbeitslosigkeit anerkannt Rücksicht. Möbelgeschäft Goldstaub, Jessnerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. 2901R*

Moebel-Boebel, Moritzplatz 58 Spezialität: Ein- und Zweizimmereinrichtungen. Billigste Preise! Stube und Küche 218,—, 346,—, 463,— bis 1000,—, 2 Zimmer und Küche 463,—, 582,—, 656,—, 740,— bis 2000,—. Schlafzimmer 188,—, eiche 345,—, eichne Speisezimmer 329,—, 439,—, Bettstelle mit Matratze 30,—, Trumeau 36,—. Verkauf Fabrikgebäude. Musterbuch gratis! Sonntags 12—2 geöffnet!

Möbelkredit und gegen bar. Bequeme An- und Abzahlung. Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7. — II. Geschäft Müllerstraße 174. Sonntag von 12—2 geöffnet. 2993R*

Am allerbilligsten! kaufen Brautleute und Möbelsuchende gediegene Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, alle Holzarten, moderne Küchen, auch lasierte, Ergänzungsstücke im „Berliner Möbelhaus“ M. Hirschowitz, nur Südostes, Skalitzerstraße 23, an der Hochbahn. *

Umbauplüschsofa, Chaiselongues, englische Bettstellen, Trumeaus, Kleiderschränke, Waschtoiletten, Kücheneinrichtungen, billigst. Walter, Stargarderstraße 18. 393*

Möbel, Gelegenheitskäufe aus Pensionatsauflösung. Eichene Ankleideschränke 65,—, Bettstellen mit Stahlmatratzen, dreiteilige Auflagen 35,—, Waschkommoden mit Spiegel 50,—, Nachttische 15,—, Chaiselongue 18,—, ferner Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, in einfacher wie schwerster Ausführung, Teppiche, Portieren, Schreibtische, Sofas, Trumeaus, Bücherschränke sowie alle Sorten Ergänzungsmöbel, auch gebrauchte, zu nie dagewesenen billigen Preisen. Hans Lennert, größtes Möbelhaus für Gelegenheitskäufe, Lothringer Straße 55, IV Etagen Rosentaler Tor. 418R*

Komplette farbige Küche 65,—, nußbaum Kleiderschrank 25,—, Wäschespind 18,—, Plüschgarnitur 75,—, viele hübsche Wohnzimmer, Schlafzimmer, enorm billig. Viele Gelegenheitskäufe in Einzelmöbel. Möbelhaus Osten, Andreasstraße 30.

Möbel, mehrere Zimmer, gewerblich, auch einzeln. Frau Liese, Löwestraße 16, I (Osten). 23/20

Kaufgesuche.

Kupfer! Messing! Aluminium! Nickel! Zinn, Zink, Blei, Quecksilber, Stanniolpapier, Platinaabfälle, Zahngebisse. Goldsachen, Silberabfälle, Höchstpreise! „Metallschmelze Cohn“, Brunnenstraße 25 und Neukölln, Berlinerstraße 76. 1/7*

Knopflochmaschine kauft Braun, Kastanienallee 29/30. 4. †107

Platinabfälle, Zahngebisse bis 50,00, Goldsachen, Silbersachen, Stanniolpapier, Militärtressen, Quecksilber, Kupfer, Messing, Zinn, Nickel, Aluminium, Zink, Blei, jetzt Höchstpreise! Edelmetall-Einkaufsbureau Beberstraße 31, Telephon. (Abholung.) 78*

Platin, Goldsachen, Silbersachen, Zahngebisse, Stanniol 2.—, Quecksilber, Flaschenkapseln, Glühstrumpfasche kauft Stümel, Auguststraße 19.

Fahrradankauf, Linienstraße 27.

Unterricht.

Automobilführer-, erstklassige stellungssichere Ausbildung, 100 Mark. Auch Abendkurse. Ratenzahlung. Köpenickerstraße 116. 2197R*

Technische Lehranstalt Dr. Werner, Berlin, Neanderstraße 3. 17/16*

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty-Liebknecht, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus III. 449*

Technische Lehranstalten von Hoppe, Ritterstraße 36. Programme kostenlos. Semesteranfang 8. April. *

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 16. *

Kunststopferei Große Frankfurterstraße 67. 2399R*

Märzbleiche! Wäsche wird sauber gewaschen, Laken, Leibwäsche, vier Handtücher 0,10. Abholung Sonnabends. Frau Ring, Köpenick, Gutenbergstraße 18. 1381b

Vermietungen.

Wohnungen.

Charlottenstraße 87 kleine Wohnungen sofort billig. 687b*

Stube und Küche Koppenstraße 30.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer, billig. Matthias, Admiralstr. 18b, Lagergebäude II. Erfragen nachmittags.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Ausschläger verlangt Schindelhauer, Alte Jakobstraße 156. 1366b*

Lehrling verlangt Kunst- und Bauschlosserei, Rigaerstr. 98. *

Hausdiener, tüchtige, sofort gesucht. Meldungen 9—12 Uhr vormittags und 5—7 Uhr nachmittags in der Personalverwaltung IV. Etage. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 50R

Hausdiener, kräftiger, bei gutem Lohn verlangt Papiergroßhandlung. Sommerfeld, Kommandantenstr. 12/13

Asphaltklebearbeiter sofort gesucht. Bien u. Co., Bau Untergrundbahn, Chausseestraße, Ecke Schwarzkopfstraße. 1384b*

Maler und Anstreicher, auch der Küchenmöbelbranche, werden eingestellt durch den Caritativen Fach-Arbeitsnachweis, Gormannstraße 13 (7—10 vormittags). 217/11

Verdrahter für Drillingsböden und 98. Fächer sofort verlangt. Theodor Anding junior, An der Fischerbrücke 16. 1388b

Korbmacher auf 98. Rumpfe 1,80 Mark. Es wird nur prima Boondooktohr verarbeitet. Theodor Anding junior, An der Fischerbrücke 16. 1387b*

Steindrucker-Lehrling verlangt Sensch, Köpenickerstraße 115. 230/12

Laufbursche, welcher Zwei- und Dreirad fahren kann, verlangt. Jakob Klees, Friedrichstraße 12.

Verkäuferinnen, tüchtige, für Konfitüren sofort gesucht. Meldungen 1—2 Uhr mittags oder 7—8 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Große Frankfurterstraße 113. 50R

Lehrmädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren aus achtbarer Familie gegen monatliche Vergütung sofort gesucht. Meldungen in Begleitung der Eltern oder des Vormundes 10—2 Uhr vormittags oder 6—8 Uhr abends in der Personal-Verwaltung IV. Etage. — A. Jandorf u. Co. Belle-Alliancestraße 1/2. 21R*

Zeitungsausträgerin für den „Vorwärts“ in Mahlsdorf gesucht. Meldungen: Kaulsdorf, Ferdinandstraße 17, II, bei Hetzberg. 81

Fahrpersonal, Flaschenspüler.
Kräftige, des Fahrens kundige Leute sowie Flaschenspüler werden eingestellt. Meldungen mit Papieren im Kontor der Schultheiß' Brauerei A.-G., Lichterfelder Straße 11—17. *

Geübte Wirtschaftswaagen-Justierer
für dauernde Beschäftigung gesucht.
Fritz Puppel, Graefstr. 59

Tüchtige Blechschlosser
und **Eisendreher** sofort verlangt Brandenburgstraße 81. 23/19

Autogen-Schweißer,
mehrere tüchtige, verlangt **Ness & Co., Charlottenburg, Friedrich-Karl-Platz 3.**

Tüchtige
Dreher und **Schlosser**
stellt bei hohem Lohn ein
Maschinenzentrale, Mariendorf,
Großbeeren Straße 46/48.

Zuschneider
auf Kartonnagen für Apotheker und Konfitüren, selbständiger, geübter Arbeiter, sofort verlangt. 23/68
Otto Pieske, Urbanstr. 100.

Korbmacher
auf Geschoßkorb 98. rein aus Weide 2,25 M. pro Rumpf, stellt ein
K. Schmidt.
Seegefeld bei Spandau,
Schaarenbergstr. 5.

Trotz der allgemeinen grossen Teuerung
verkaufe ich nach wie vor neuen und alten Kunden unter günstigsten Zahlungsbedingungen
MÖBEL auf Teilzahlung ohne Preisaufschlag
und bitte das geehrte Publikum, sich von der Reichhaltigkeit meiner Läger gefl. überzeugen zu wollen. Meine Firma besteht seit ca. 25 Jahren am Platze und geniesst ausser ihrem guten Namen auch den Ruf, kulant und rücksichtsvoll im Krankheitsfalle oder bei Stellungs- und Arbeitslosigkeit zu sein. — Bei Vorlegung dieses Inserats gewähre ich **10 Prozent Rabatt** der geleisteten Anzahlung, ohne dass dadurch meine ohnehin schon billigen Preise etwas erhöht werden sollten.
KREDIT-FEDER
Brunnenstrasse 1
Frankfurter Allee 350
Kottbuser Damm 103
Charlbg., Scharrenstr. 5
Ecke Wilmersdorfer Strasse.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Das Kriegsziel.

Im „Tag" beschwert sich C. Bornhock darüber, daß ein „gemeingefährliches Flaumachertum" immer wieder die Diskussion über das Kriegsziel entfessele. Einen Beweis dafür vermag er allerdings ebensowenig zu bringen wie alle anderen Anhänger der Annektionspolitik, die die gleichen Klagen erheben. Dagegen ist es unbestreitbar, daß die rechtsstehende Presse fortgesetzt für die Erweiterung der Machtsphäre Deutschlands Propaganda macht. Wir erheben gegen die Erörterung des Kriegsziels selbstverständlich keinerlei Einspruch. Aber wenn die Wünsche alldeutscher Kreise laut werden, müssen wir natürlich auch unsere Auffassung dazu aussprechen können.

Der freikonservative Abgeordnete v. Zedlitz lebt jetzt in lauter historischen Erinnerungen, die er in der „Post" der Oeffentlichkeit zum besten gibt. Ob seine Darstellung immer historisch treu ist, wollen wir nicht nachprüfen. Herr v. Zedlitz selbst legt offenbar wenig Wert darauf; ihm liegt nur daran, die „Lehren" und Anwendung daraus für den gegenwärtigen Krieg zu ziehen. Aber damit hapert es erst recht. Aus dem Prager Frieden, dem Abschluß des Krieges von 1866, folgert er zum Beispiel, daß Deutschland Machterweiterungen auf europäischem Boden erstehen müsse. Im Prager Frieden wurde bekanntlich das besiegte Oesterreich zu keinerlei Gebietsabtretungen gezwungen, und nur Preußens Gebiet durch Einverleibungen norddeutscher Staaten abgerundet.

Ueber die Form jener Angliederungen mag man streiten — das Ziel selbst war jedenfalls aus ökonomischen und politischen Gründen unumgänglich. Heute kann natürlich von einer Eingliederung fremdsprachiger Gebiete — nur solche kommen in Frage — im Westen und Osten keineswegs behauptet werden, sie sei für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands eine „Lebensfrage", nachdem Deutschland in 40 Friedensjahren auf der Basis des gegenwärtigen Gebietsumfanges eine beispiellose Entwicklung durchgemacht hat.

Herr v. Zedlitz polemisiert aber nicht nur gegen die angebliche „Prinzipienreiterei" des „Vorwärts"; er wendet sich zugleich gegen allzu phantastische Wünsche der bürgerlichen Imperialisten:

„Auf der anderen Seite werden wir uns über den so (durch Annektionen auf europäischem Boden) gewonnenen festen Rahmen unserer Friedensbedingungen weder durch Gefühlsromantik noch durch noch so anmutende Gebilde der Phantasie hinaustreiben lassen dürfen."

Die Phantasten unter den Annektionspolitikern sind nun weiter nicht gefährlich; sie werden von Herrn v. Zedlitz, der liberalen Presse, und der Regierung zur Genüge abgeschüttelt. Viel bedenklicher erscheint es uns, daß die „gemäßigten" Wünsche des Bürgertums das Kriegsziel bestimmen könnten. In diesem Zusammenhang erhält die Schlußrede des Herrenhauspräsidenten v. Wedel vom 15. März im Landtage erhöhte Bedeutung. v. Wedel führte dort nach dem amtlichen Stenogramm aus:

„Nun, meine Herren, was ist erreicht zur Erlangung dieses Zweckes (Abwehr des Angriffs)? Wir haben den größten Teil unserer Kolonien verloren. Das ist schmerzlich, aber nicht von entscheidender Bedeutung. Dagegen ist der deutsche Boden mit Ausnahme einiger Dörfer im Oberelsaß frei von Feinden, und wir sind in der Lage, Belgien und einen großen Teil von Frankreich und Polen als in unserer Macht befindlich zu betrachten. Man kann aussprechen, daß damit das Vorhaben unserer Feinde, Deutschland zu vernichten, zuschanden geworden ist, daß wir insofern als Sieger dastehen. **Und wenn wir nichts weiter wollten, als diesen Angriff abschlagen, so glaube ich, würde es nicht allzu schwer sein, einen Frieden in kurzer Frist zu erlangen. Damit kann aber Deutschland sich nicht befriedigt erklären.** (Lebhaftes Bravo.)

Nach den ungeheuren Opfern, die wir gebracht haben, an Menschen sowohl wie an Hab und Gut, **müssen wir mehr fordern.** Wir können das Schwert erst wieder in die Scheide stecken, wenn Deutschland eine Sicherung erlangt hat dagegen, daß in ähnlicher Weise wie dieses Mal die Nachbarn wieder über uns herfallen. Worin diese Sicherung bestehen soll, meine Herren, das vermag ich nicht auszusprechen. Wenn man das aussprechen wollte, müßte man in eine Diskussion der Friedensbedingungen eintreten, und das würde ich im jetzigen Augenblick, wo die Entscheidung noch so ungewiß ist, den deutschen Interessen nicht förderlich halten."

Diese Definition des Kriegsziels steht zweifellos im Widerspruch zu den Ausführungen des Reichskanzlers bei Kriegsausbruch. Wie auch die heutige Stellung der Reichsregierung zu den Worten Bethmann Hollwegs vom reinen Verteidigungskrieg sein mag, in der gekennzeichneten Bearbeitung der Oeffentlichkeit und der Regierung durch Broschüren, Presse, Parlamentsreden und Kommissionsverhandlungen im Sinne v. Wedels liegt nach unserer Auffassung eine Gefahr, die uns zu entsprechenden Gegenäußerungen zwingt.

Politische Uebersicht.

Das Schicksal Belgiens.

In dem vorstehend abgedruckten Artikel Bornhaks (im „Tag") wird in der Polemik gegen die „Großmut" (was doch nur wohlverstandenes eigenes Interesse Deutschlands ist) der Gegner von Annektionen über das Schicksal Belgiens gesprochen:

„So wird in behaglicher Großmut erörtert, daß wir im Interesse der europäischen Kulturgemeinschaft keine Gebietserweiterungen Deutschlands in Europa vornehmen dürften. Allenfalls für einige Fetzen Afrikas dürfe das Blut ungezählter Tausende von Deutschlands besten Söhnen geflossen sein. Die Unabhängigkeit Belgiens müsse wieder hergestellt werden, da wir die Belgier nicht im Reichstage brauchen könnten — als ob irgend ein vernünftiger Mensch daran gedacht hätte, den Belgiern jetzt oder in absehbaren Zeiten das Reichstagswahlrecht zu geben, und nicht andere Formen der Vereinigung mit militärischer, politischer und wirtschaftlicher Beherrschung möglich wären. Frankreich dürften wir durch keinerlei Gebietsabtretung kränken, da sonst die Gefühle der Revanche nicht absterben würden. Falls solche Aeußerungen weiter ungehindert in die Welt gehen sollten, wäre zurückhaltendes Schweigen nicht am Platze. Sonst müßte ein ganz falsches Bild von der herrschenden öffentlichen Meinung entstehen."

Erfreulicherweise hängt das Schicksal des schwergeprüften Belgien nicht von den meschenfreundlichen Absichten des Herrn Bornhak ab.

Unerhörte Pressehetze.

Das „Volksblatt für Anhalt" schreibt:

„In Breslau sind bekanntlich die Abgeordneten Bauer und Bernstein gewählt. Bernstein, der Vater des Revisionismus, hat gegen den Etat gestimmt. Sein unsicheres Schwanken muß ihn um allen Kredit bringen."

Wir bemerken, daß das „Volksblatt", das so gegen einen sozialdemokratischen Abgeordneten Stimmung macht, sich zur Parteipresse zählt. Uebrigens sollte das „Volksblatt" wissen, daß Genosse Bernstein nicht gegen den Etat gestimmt, sondern sich nur der Stimme enthalten hat.

Keine Herabsetzung der Krieger-Familienunterstützung.

In Uebereinstimmung mit den Wünschen des Reichstags wird die Reichsregierung demnächst eine Abänderung der in dem Gesetz über die Familienunterstützungen vom 4. August 1914 festgesetzten Unterstützungen vornehmen. Nach § 1 Abschnitt 4 sollen die Unterstützungen mindestens betragen für die Ehefrau in den Monaten Mai bis einschließlich Oktober monatlich 9 M., in den übrigen Monaten 12 M. Danach müßte vom 1. Mai ab die bisher in den Wintermonaten gezahlten Unterstützungen um 3 M. monatlich herabgesetzt werden. Diese Herabsetzung soll mit Rücksicht auf die durch den Krieg gesteigerten Kosten der Lebenshaltung nicht eintreten. Den Gemeinden wird daher durch die Bundesregierungen die Anweisung zugehen, den höheren Unterstützungssatz für die Wintermonate auch in den Sommermonaten weiterzuzahlen.

v. Oldenburg-Januschau für höhere Nahrungsmittelpreise.

Auf der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer von Westpreußen hat Herr v. Oldenburg-Januschau die wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen der Regierung lebhaft kritisiert. Seine Besserungsvorschläge verdienen indessen selbst die schärfste Zurückweisung. So forderte Herr v. Oldenburg u. a. einen Kartoffel-Höchstpreis von 8,50 M. pro Zentner mit der famosen Begründung, das deutsche Volk würde immer noch die Kartoffeln im Durchschnittspreise von 4 M. für den Zentner gehabt haben, denn dieser ergibt sich, wenn man 3/4 Jahr 2,50 M. und 1/4 Jahr 8,50 M. zahlt. Vielleicht verrät uns Herr v. Oldenburg, in welchen Orten die Konsumenten 9 Monate hindurch für den Zentner Kartoffeln nur 2,50 M. zahlen brauchten.

Soweit Herr v. Oldenburg die Höhe der Mehlpreise kritisiert, könnten wir ihm zustimmen. Aber er will ja gar nicht eine Ermäßigung der Mehlpreise, sondern eine entsprechende Erhöhung der Getreidepreise, um die Spannung zwischen Mehl- und Getreidepreisen zugunsten der Landwirte auszugleichen.

Sozialdemokratische Wünsche.

Im Lippischen Landtage gab der sozialdemokratische Vertreter eine Erklärung ab, die die Einigkeit des deutschen Volkes hinsichtlich der Notwendigkeiten der Kriegszeit betont. Im Anschluß daran legte Abg. Schmuck der Regierung ein Arbeitsprogramm im Sinne unserer nächsten Forderungen vor, in dem es heißt:

Vorsorgende Maßnahmen für die Volksernährung in der Richtung, daß eine jede Not ausschließende Verteilung der vorhandenen Nahrungs- und Genußmittel gesichert wird.

Ausdehnung und Erhöhung der Kriegsunterstützungen, wie schnellste Erledigung aller erhobenen Ansprüche.

Umfassende Fürsorge für die Hinterbliebenen Gefallener und für die Verletzten.

Belebung des Wirtschaftsmarktes durch Ausführung von Staatsarbeiten und durch entsprechende Einwirkung auf die Gemeinden und die Privatunternehmer.

Vorbereitende Tätigkeit auf die Zeit nach Friedensschluß, in der namentlich auch allen heimkehrenden Kämpfern ausreichende Verdienstmöglichkeit geschaffen werden muß.

Lohnerhöhungen für alle Arbeiter und gering besoldeten Angestellten in Staatsbetrieben — daneben Einwirkung auf die Gemeinden und private Unternehmer in gleicher Richtung.

In finanzieller Beziehung: Stärkere Besteuerung aller Kriegsgewinne und Deckung von Fehlbeträgen durch die Heranziehung der großen Einkommen und der großen Vermögen.

Mit Rücksicht auf dringliche Bedürfnisse nach Friedensschluß: Baldmöglichen Erlaß eines Fortbildungsschulgesetzes und einer Bauordnung!

Schließlich gebe ich der Hoffnung Ausdruck, daß auch die lippische Regierung eine Neuorientierung der lippischen Politik betreibt, vor allem nach der Richtung, daß der freien Mitarbeit aller Kräfte nichts mehr im Wege steht und daß das Klassenwahlrecht zum Landtage einem wirklich zeitgemäßen Wahlrecht Platz macht.

Die bayerische Regierung rührt sich nicht.

Die Landtage aller deutschen Staaten haben in der Kriegszeit getagt, um zu den vielen durch die kriegerischen Zustände aufgetauchten verwaltungstechnischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen Stellung zu nehmen, möglichst einheitliche Grundsätze für das ganze Land aufzustellen und die staatlichen Beihilfen für die Gemeinden im Unterstützungswesen zu regeln. Bayern machte bis jetzt eine Ausnahme. Am 10. März hat nun die Regierung mit Abgeordneten verschiedener Fraktionen eine Aussprache gehabt wegen der Absicht, den Landtag zu einer außerordentlichen Tagung einzuberufen. Alle Abgeordneten sollen sich für eine Tagung ausgesprochen haben. Man konnte die Hoffnung haben, daß die Regierung sich doch noch dazu entschließen werde, die Volksvertretung zu hören. Daher brachten auch verschiedene bürgerliche Blätter die Mitteilung von einer Einberufung des Landtags zu Ende April. Die Hoffnung ist nun wieder dahin. Abg. Held, der Vorsitzende der allmächtigen Zentrumsfraktion im bayerischen Landtag, erklärt in seinem Blatte, dem „Regensburger Anzeiger", aufs bestimmteste, daß der Landtag zu einer außerordentlichen Tagung nicht einberufen wird. Bayern wird also der einzige deutsche Bundesstaat sein, in dem die Volksvertretung zur Untätigkeit während des Krieges verdammt ist.

Abgeordneter Graß gestorben.

Am Mittwoch ist in Zwethau der freikonservative Landtagsabgeordnete Gutsbesitzer Otto Graß im Alter von 71 Jahren gestorben. Er gehörte dem preußischen Abgeordnetenhause als Vertreter des Wahlkreises Torgau-Liebenwerda seit 1897 an.

Ein militärisches Arbeitsnachweisbureau

soll nach einem Vorschlage von Prof. Gaupp-Tübingen das stellvertretende Generalkommando jedes Armeekorps bilden. Dort solle, wie in der „Münchener medizinischen Wochenschrift" ausgeführt wird, bekanntgegeben werden, welche Arbeitskräfte im Bereich des Armeekorps benötigt werden, und von hier aus sollen dann nach Vorschlägen der Fachärzte die Nervösen oder sonst beschränkt Tauglichen, aus den Lazaretten Entlassenen zugeteilt werden. Es würden auf diese Art viele Arbeitskräfte mobil bleiben, auch manche gesunden, für den Feld- und Garnisondienst voll tauglichen Leute dadurch frei werden, daß ihnen ihre jetzige Tätigkeit in Etappen- und Heimatdienst von diesen Halbtauglichen abgenommen wird. Gaupp verlangt deshalb von den Aerzten der Reservelazarette, daß sie die Kranken daraufhin beobachten, wozu der einzelne in der großen militärischen Gesamtorganisation zu verwenden wäre. Hierzu muß man natürlich den einzelnen genau kennen, seinen Zivilberuf, seine Familienverhältnisse, seine Begabung berücksichtigen. Man möge also genau angeben, was der einzelne Brauchbares leisten kann und nicht etwa in den Fehler verfallen, alle Halbbrauchbaren zu Schreibern machen zu wollen.

Fürsorge für erblindete Kriegsteilnehmer.

Der Westpreußische Provinziallandtag beschloß die Erbauung eines Kriegsblindenhauses „Hindenburghaus", in dem 40 erblindete Krieger untergebracht werden sollen. Die Kosten belaufen sich auf 220 000 Mark.

Die Cholera erloschen.

In einigen Gefangenenlagern waren vereinzelte Fälle von Cholera, durch Russen eingeschleppt, vorgekommen. Das Kaiserliche Gesundheitsamt ist jetzt in der Lage, festzustellen, daß seit dem 13. März weder unter der einheimischen Bevölkerung noch unter den Kriegsgefangenen ein einziger Fall von Cholera festgestellt worden ist.

Unter Zwangsverwaltung

befanden sich im gesamten Reichsgebiet bis zum 1. März 14 674 Handels- und Industrieunternehmungen feindlicher Staatsangehöriger.

Verhütung offenbarer Unbilligkeiten.

Die Bundesratsverordnung vom 14. Januar 1915 durchbricht für Ausnahmefälle den Grundsatz des Gesetzes vom 4. August 1914, der die Unterbrechung des Verfahrens in Prozeßsachen gegen zur Fahne einberufene Kriegsteilnehmer anordnet. Es soll nach der Verordnung das Gericht die Bestellung eines Vertreters und die Durchführung eines Prozesses gegen einen Vertreter anordnen können, jedoch nur in Ausnahmefällen. Die Verordnung erklärt ausdrücklich, daß dieser Ausnahmefall nur vorliegt, wenn er „zur Verhütung offenbarer Unbilligkeiten erforderlich" ist. Neulich haben wir zwei Fälle angeführt, in denen in Mietsachen unter Verkennung des Begriffes „Verhütung offenbarer Unbilligkeiten" eine Vertretung von der 67. Abteilung des hiesigen Amtsgerichts angeordnet war. In beiden Fällen wird das Landgericht wohl die amtsgerichtliche Verfügung aufheben. Inzwischen sind uns Beschlüsse vorgelegt, in denen Amtsgerichte ähnliche Anträge von Vermietern durchaus der Verordnung und dem Gesetz entsprechend zurückgewiesen haben. Einige Hausbesitzer drängen nämlich dahin, die Verordnung auch in solchen Fällen zur Anwendung zu bringen, in denen es sich um wirtschaftlich schwache Kriegsteilnehmer handelt. Das widerspricht der Absicht und dem Wortlaut der Verordnung. Das ist unter anderem auch vom Senatspräsidenten Ring in der „Deutschen Juristen-Zeitung" anerkannt. Nach der — in der „Nordd. Allg. Ztg." veröffentlichten — Begründung der Bundesratsverordnung soll der Ausnahmefall nur zur Anwendung kommen, wenn es sich um grundlose Verweigerung der Zahlung von unbestrittenen Forderungen gegen in günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen befindliche Kriegsteilnehmer handelt und ferner sollen bei der Prüfung der Frage, ob eine offenbare Unbilligkeit vorliegt, die Interessen der Kriegsteilnehmer im Vordergrund stehen. Wir veröffentlichen nachstehend den

Wortlaut des allgemeinen Teils der amtlichen Begründung zur Bundesratsverordnung.

Sie lautet:

„Das Gesetz, betreffend den Schutz der infolge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen, vom 4. August 1914 unterwirft die Rechtsverfolgung gegen Kriegsteilnehmer erheblichen Beschränkungen. In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, in denen ein Kriegsteilnehmer Partei ist, wird das Verfahren von Gesetzes wegen unterbrochen (§ 2). Ist der Kriegsteilnehmer durch einen Prozeßbevollmächtigten vertreten, oder hat er einen anderen Vertreter, der zur Wahrnehmung seiner Rechte berufen ist, so tritt zwar eine Unterbrechung kraft Gesetzes nicht ein; das Gericht hat jedoch auf Antrag des Vertreters die Aussetzung des Verfahrens anzuordnen (§ 3).

Diese Vorschriften sind in einer Reihe von Fällen aus Böswilligkeit dazu mißbraucht worden, um die Erfüllung bestehender Zahlungspflichten ohne Grund zu verweigern. Unter Berufung auf das Gesetz haben Kriegsteilnehmer, die in günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen leben, die Zahlung unbestrittener laufender Verbindlichkeiten, insbesondere der Mietschulden, mit Erfolg abgelehnt. Ehefrauen, die das Geschäft ihres zur Fahne einberufenen Mannes in dem bisherigen Umfang mit gutem Erfolge weiterführen oder das Einkommen des Mannes unverkürzt fortbeziehen, sind namens ihres Mannes gegen dessen Schuldner gerichtlich vorgegangen, haben sich aber, wenn sie ihrerseits von Vermietern oder Geschäftsgläubigern gerichtlich in Anspruch genommen wurden, der Zahlung der Schulden entzogen. Besonders schwer sind die Mißstände empfunden worden, wenn der Kriegsteilnehmer, wie es mehrfach vorgekommen ist, in seinem Heimatsorte verwendet wurde, oder wenn der benachteiligte Gläubiger selbst zu den Kriegsteilnehmern gehörte. In der Oeffentlichkeit sind hierüber in steigendem Maße lebhafte Klagen geführt, auch aus den Kreisen des Reichstags ist allgemein eine Einschränkung des Gesetzes vom 4. August 1914 als notwendig bezeichnet worden.

Der Entwurf sucht diese Unzuträglichkeiten zu beseitigen. Er läßt in Ausnahmefällen eine Rechtsverfolgung gegen einen Kriegsteilnehmer zu, indem er im § 2 die Möglichkeit eröffnet, einen gemäß § 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 4. August 1914 gestellten Antrag auf Aussetzung des Verfahrens abzulehnen. Die Ablehnung soll jedoch, dem Ausnahmecharakter der Maßregel entsprechend, nur in vermögensrechtlichen Streitigkeiten und nur dann zulässig sein, wenn die Aussetzung nach den Umständen des Falles offenbar unbillig ist. Als offenbar unbillig wird die Aussetzung nur gelten können, wenn sie gegen

Treu und Glauben in gröblichster Weise verstößt und dies sich einer unbefangenen Betrachtung der tatsächlichen Verhältnisse sofort aufdrängen muß. Bei der Würdigung der Umstände des Falles werden die Interessen des Kriegsteilnehmers im Vordergrunde zu stehen haben. Ist mit ihnen die Fortsetzung des Verfahrens während der Kriegszeit billigerweise nicht vereinbar, so wird regelmäßig selbst ein erheblicher Nachteil des Gegners für sich allein keinen Grund für die Ablehnung des Aussetzungsantrages abgeben dürfen.

Soll die Möglichkeit, gegen den Kriegsteilnehmer vorzugehen, praktische Bedeutung erlangen, so muß zugleich dafür gesorgt werden, daß der Kriegsteilnehmer, wenn er nicht schon einen Vertreter hat, im Rechtsstreit einen Vertreter erhält, der seine Interessen wahrnimmt. Ohne eine Vertretung des Kriegsteilnehmers würde das Verfahren nach § 2 des Gesetzes vom 4. August 1914 ohne weiteres unterbrochen und damit die Durchführung von Ansprüchen praktisch ausgeschlossen sein."

In der Reichstagskommission ist zum Ausdruck gebracht, daß bei Auslegung der Verordnung auf Grund dieser Begründung Ungerechtigkeiten kaum entstehen dürften. Es wäre im Interesse unserer Feldgrauen und ihrer Familien wünschenswert, daß die amtliche Begründung der Verordnung vom 14. Januar allen Gerichten zugeht.

Die Parteipresse zur Budgetbewilligung.

Das „Hallesche Volksblatt" brachte, als bekannt wurde, daß unsere Fraktion den Beschluß gefaßt hatte, das Budget zu bewilligen, folgende kritische Bemerkung:

„Diesem Beschlusse wohnt eine ganz außerordentliche Bedeutung inne, die wir erst später würdigen werden, wenn die Tatsache feststeht, daß die sozialdemokratische Fraktion dem gewaltigsten Etat mit seinen 10 Milliarden Kriegsausgaben wirklich zugestimmt hat. Die Regierung forderte in den ersten Kriegstagungen die je 5 Milliarden Kriegskredite als Nachtragsetats. Jetzt hat sie die weiteren 10 000 Millionen Mark Forderungen in den Etat hineingearbeitet. Die Fraktionsmehrheit hat zweimal beschlossen, für die Kriegskredite zu stimmen und demgemäß gehandelt. Sie wird nun wohl folgert haben: wir gehen auf der Bahn der Kriegskosten-Bewilligung weiter, selbst unbeirrt der Tatsache, daß durch Zustimmung zum Gesamtetat die Politik der Regierung ermöglicht und gestützt wird. Die Dinge haben sich nun völlig auf den Kopf gestellt. Lehnte die sozialdemokratische Fraktion bisher den Gesamt-Reichsetat ab, weil die Milliardenforderung für das Heer und die Flotte usw. darin enthalten war, so bewilligt die Fraktionsmehrheit jetzt den Etat, gerade weil die Militärausgaben im Etat stehen. Drei Parteitage haben als den Gesamtwillen der sozialdemokratischen Partei die Verweigerung des Budgets an die Regierung festgestellt (Lübeck, Nürnberg, Magdeburg) und nur den Fall zugelassen, wenn durch die ablehnenden sozialdemokratischen Stimmen ein ungünstiges Budget dann gemacht würde. Das trifft auf den vorliegenden Fall im Reichstage nicht zu.

Wir verstehen und billigen die Stellungnahme der Fraktionsmehrheit durchaus nicht und glauben auch, daß diese weiten „Konsequenzen", bis zu denen man die bisherige Bewilligung der Kriegskredite ausdehnen will, in den weitesten Kreisen der Parteigenossen Bedenken erregen werden. Verstehen oder begreifen hätten wir höchstens können, wenn z. B. die Fraktionsmehrheit erklärt hätte: wir sind im Verfolg unserer bisherigen Bewilligungstaktik bereit, auch die neuen 10 Milliarden Kriegskosten zu genehmigen, wenn sie gesondert gefordert würden; müssen aber eine Bewilligung des Gesamtetats in Wahrung unserer grundsätzlichen Stellung gegenüber der Regierung ablehnen."

Diese Auffassung ruft beim „Karlsruher Volksfreund" aus recht begreiflichen Gründen eine scharfe Abweisung hervor:

„In der Tat, die Dinge haben sich auf den Kopf gestellt. Das beweist aber doch nur, wie unhaltbar die Resolutionen über die „prinzipielle" Budgetverweigerung sind. Das haben wir schon vor Jahren gesagt, leider vergeblich. Die Taktik der prinzipiellen Negation kann eine große politische Partei nicht auf die Dauer befolgen, denn sie würde mit ehernner Notwendigkeit zum politischen Bankerott führen. Die Sozialdemokratie ist in ihrer Entwickelung an dem Punkt angelangt, wo sie die letzten Reste utopischer und sektirerischer Ideen überwinden muß."

Die „Dresdener Volkszeitung", die die Bewilligung billigt, macht folgende Mitteilung:

„Wir bedauern in hohem Maße, daß die Abstimmung über die Kriegskredite und über den Etat nicht übereinstimmend durch alle Mitglieder der Fraktion erfolgt ist. Eine Anzahl unserer Abgeordneten blieb der Abstimmung fern. Da aber dieses Verhalten geeignet ist, falsche Meinungen zu erwecken, so sind wir den Mitgliedern der Fraktion, die sich der Abstimmung entzogen haben, die Feststellung schuldig, daß ihre Haltung keineswegs etwa eine Verleugnung des Eintretens für die Landesverteidigung bedeuten kann. Vielmehr hat die Fraktion — wenn es auch selbstverständlich war — sich nochmals ausdrücklich und so gut wie einhellig für den Grundsatz der Landesverteidigung, der vollen Pflichterfüllung gegen die herandrängenden feindlichen Heerscharen erklärt. Hierdurch ist auch die Grundlage gewährleistet, auf der die Austragung der Meinungsverschiedenheiten, die in unseren Reihen vorhanden sind, in Versöhnlichkeit und unter Wahrung der Einheit der Partei erfolgen kann. Wenn aber zwei Abgeordnete, Liebknecht und Rühle — ersterer zum zweitenmal — es für angemessen hielten, sich demonstrativ gegen die Beschlüsse der überwältigenden Fraktionsmehrheit aufzulehnen, so ist das nur der Ausfluß der seltsamen Einbildung, daß sie allein das Programm und die Parteitagsbeschlüsse der Sozialdemokratie richtig zu beurteilen befähigt seien."

Die „Fränkische Tagespost" sagt:

„Noch wollen wir beifügen, daß unsere Zustimmung zum Budget als ein ausnahmsweiser Fall zu bewerten ist. Auch die prinzipiellen Anhänger der Budgetzustimmung in der sozialdemokratischen Fraktion haben in der Fraktionssitzung ausdrücklich darauf hingewiesen, daß aus dieser Abstimmung Konsequenzen für andere Fälle nicht gezogen werden können."

Die „Leipziger Volkszeitung" bemerkt demgegenüber:

„Wir müssen noch darauf hinweisen, daß auf dem rechten Flügel der Partei schon längst kräftig für die Beseitigung der Parteibeschlüsse gearbeitet wird, die der Budgetbewilligung entgegentreten. Wir verweisen auf Heines Stuttgarter Rede und auf Aeußerungen der „Chemnitzer Volksstimme", daß die Sozialdemokratie künftig die Militärausgaben bewilligen müsse, nachdem sie Milliarden für Kriegszwecke bewilligt habe."

In einem von mehreren Parteiblättern abgedruckten Artikel F. Stampfers heißt es: „... Die Abstimmung der Fraktion entspricht ihrer am 4. August und am 2. Dezember v. J. eingenommenen Haltung, ihre Politik stellt eine gerade Linie dar, deren Endpunkt mit der Abstimmung vom 20. März erreicht ist. ...

Die Mehrheit der Fraktion hat sich in ihrer Haltung ausschlaggebend von der Pflicht der nationalen Selbsterhaltung bestimmen lassen, die auch von der Minderheit anerkannt wird. Die Mehrheit will damit eine Politik, die den alten Zielen der sozialdemokratischen Partei zustrebt, nicht aufgeben, sondern sie nach bestem Wissen und Gewissen erst recht fördern. In der Gestaltung des Verhältnisses der Völker zueinander, in der Neuorientierung der innern Politik nach dem Kriege eröffnen sich ungeheure Aufgaben, die im Geiste internationaler Gerechtigkeit, im Sinne der Demokratie und des Sozialismus zu lösen, unser aller gemeinsames Bestreben ist. Eine Partei, die sich ihrer großen Pflicht gegenüber dem deutschen Volke und der ganzen Welt bewußt ist, wird nicht im Streit über unabänderliche Tatsachen ihre Kraft vergeuden. **Vorwärts richte sie den Blick!"**

Die „Mannheimer Volksstimme" schreibt:

„... Die Kriegskredite bewilligen und das Gesamtbudget ablehnen, wäre diesmal um so mehr ein Widerspruch in sich selbst gewesen, als ja der Etat neben den Ausgaben für die Fortführung des Krieges im wesentlichen nur noch Ausgaben für Kulturzwecke enthält, die erst recht nicht abgelehnt werden konnten und durften.

Der Beschluß unserer Fraktion ist aber auch deshalb zu begrüßen, weil er endlich einmal mit der toten Schablone der mechanischen Ablehnung des Gesamtbudgets bricht.

Annahme und Ablehnung des Budgets kann nimmermehr Sache eines erstarrten Formalismus sein — und eine Partei, die das gesamte wirtschaftliche, soziale und politische Leben umwälzen will, kann erst recht nicht ihre Politik auf einem leblosen Schematismus aufbauen —, Annahme und Ablehnung des Budgets kann einzig und allein vom Budget, seinem jeweiligen Inhalt, seiner jeweiligen Gestaltung, abhängig gemacht werden.

Auf diesen Boden der Vernunft und der differenzierenden, das Gute am Schlechten messenden und erst danach entscheidenden Prüfung der Frage der Budgetbewilligung erstmalig durch die Tat gestellt zu haben, ist und bleibt das Verdienst des Beschlusses unserer Fraktion."

Die „Düsseldorfer Volkszeitung" schreibt unter dem Titel: „Ein unbefriedigender Schluß. ... Die Redner der Sozialdemokratie haben in der Frage der Volksernährung und der sozialpolitischen Kriegsmaßnahmen manche Mängel aufgezeigt, sie haben insbesondere die furchtbare Wirkung der fortgesetzten Preissteigerung für die Lebensmittel geschildert, aber irgendwelche durchgreifende Maßnahmen zur Beseitigung dieser Zustände sind nicht in Aussicht gestellt oder gar getroffen worden. Noch weniger ist das geschehen in den namentlich für die Arbeiterbewegung so wichtigen Fragen des Arbeitsnachweises, der Pressezensur, der Handhabung des Vereinsgesetzes. ... Was insbesondere der Staatssekretär des Innern zu den ausnahmegesetzlichen Bestimmungen im Reichsvereinsgesetz und zu der zukünftigen Behandlung der Gewerkschaften zu sagen hatte, erinnerte sehr lebhaft an das Goethesche Wort:

Man spricht vergebens viel, um zu versagen;
Der andre hört von allem nur das Nein!

... Wenn nun trotz alledem die sozialdemokratische Fraktion, entgegen den bereits erwähnten Parteitagsbeschlüssen, für das Budget stimmte, so wird man in weiten Kreisen der Parteigenossenschaft diese Abstimmung durchaus nicht billigen. Nur zwei sozialdemokratische Abgeordnete, Liebknecht und Rühle, haben die Zustimmung zum Budget verweigert, wofür sie in der unten abgedruckten Erklärung der Fraktion gerüffelt werden. Zu der Budgetbewilligung der sozialdemokratischen Fraktion wird die Parteigenossenschaft noch Stellung zu nehmen haben.

... Alles in allem genommen müssen wir unser Urteil dahin zusammenfassen, daß diese Reichstagstagung uns in ihren Ergebnissen für die Arbeiterklasse als völlig unbefriedigend erscheint."

Der „Lübecker Volksbote" macht folgende Ausführungen:

„... 30 sozialdemokratische Abgeordnete hatten vor der Abstimmung den Saal verlassen, weil sie der Meinung waren, daß die Fraktion den gefaßten Parteitagsbeschlüssen zuwiderhandle, wenn sie für das Budget stimmen würde. Formell sind diese Genossen zweifellos im Recht; hier kommt aber — ganz abgesehen davon, in welchen Zeitläuften wir uns befinden — in Frage, daß in dem Budget mit enthalten sind die Kriegskredite und die Mittel zur Unterstützung der Kriegerfrauen und -kinder. Doch das ist Ansichtssache; die Genossen waren der Meinung, daß sie nicht für das Budget stimmen konnten und haben deshalb, wozu sie nach den Beschlüssen der Fraktion das Recht hatten, den Saal vor der Abstimmung verlassen. Niemand wird ihnen hieraus einen Vorwurf machen können. Und einem späteren Parteitag wird es ja vorbehalten bleiben, zu entscheiden, ob die große Mehrheit der Fraktion richtig gehandelt hat oder nicht. Es liegt also unseres Erachtens gar kein Anlaß vor, in der gegenwärtigen Zeit hierüber in lange Erörterungen einzutreten und sich die Köpfe warm zu machen. ...

... Entschieden zu verwerfen ist die unverständliche Haltung Liebknechts und Rühles bei der Schlußabstimmung. Sie hatten die parteigenössische Pflicht, sich den Beschlüssen der Fraktion zu fügen. Daß Rühle sich Liebknecht beigesellte, ist bezeichnend. Hat ihn vielleicht der „Ruhm" Liebknechts nicht schlafen lassen? Der nächste Parteitag wird mit diesen Leuten ein ernstes Wort reden müssen."

Die „Essener „Arbeiter-Zeitung" äußert sich folgendermaßen:

„... Zwei Sozialdemokraten, Liebknecht und Rühle, stimmten gegen den Etat, 30 Sozialdemokraten machten von dem Recht Gebrauch, sich vor der Abstimmung über den ihrer Ueberzeugung widersprechenden Fraktionsbeschluß zu entfernen.

Wir billigen auch heute die Demonstration der Genossen Liebknecht und Rühle nicht. Die Haltung der übrigen 30 Genossen dürfte (mit wenigen Ausnahmen) die Antwort sein auf die Bestrebungen, unter allen Umständen die deutsche Sozialdemokratie zu einer Hilfstruppe des Imperialismus zu machen.

Die Bedeutung dieser Absonderung ist nicht zu verkennen. In der bürgerlichen Presse finden wir noch kein Wort davon. Durchweg wird in den Berichten sowie in den Besprechungen in den Sonntagmorgenblättern die Tatsache der Entfernung der 30 sozialdemokratischen Abgeordneten ignoriert. Genau so macht es der sozialdemokratische Parlamentsbericht.

Morgen wird es anders sein. Dann werden die 30 schweren Angriffen ausgesetzt sein, von Gegnern wie aus den eigenen Reihen! Die Angreifer haben es leicht. Sie dürfen sagen, was sie wollen, während den 30 mehr oder weniger der Mund verbunden und die Feder festgehalten wird. Möge die Diskussion getragen sein von der Erkenntnis, daß die Entscheidung über die ganze Frage Sache der Parteigenossen ist zu einer Zeit, in der jeder frei reden kann. Möge sich auch jeder, der zu dieser Frage das Wort nimmt, erinnern an eine vom Genossen Bernstein verfaßte Formulierung, daß die Motive (Beweggründe) zu einer von dem Fraktionsbeschluß abweichenden Haltung nicht mit den Grundsätzen des Sozialismus in Widerspruch zu stehen brauchen."

* * *

Eine Reihe Parteizeitungen, darunter das „Hamburger Echo", stellen sich darüber entrüstet, daß wir unserer publizistischen Pflicht nachgekommen sind. Nach ihrer Ansicht hätten wir die Anführung der Parteitagsbeschlüsse, die die Bewilligung des Gesamtbudgets untersagen, sowie die Veröffentlichung der Namen der Abgeordneten unterlassen sollen, die vor der Abstimmung sich entfernten! Diese Vorwürfe, unsere Leser informiert zu haben, sind um so befremdlicher, als dieselben Blätter, insbesondere das „Hamburger Echo", noch kürzlich dem „Vorwärts" vorwarfen, er informiere nicht hinreichend, weil er über die inneren Vorgänge in der Fraktion nicht berichtet hatte, nachdem das „Echo", entgegen der Gepflogenheit und den Beschlüssen der Fraktion, Mitteilungen über Abstimmungsverhältnisse innerhalb der Fraktion gemacht hatte. Parteiblätter können doch im Ernst nicht meinen, daß unsere Leser von uns erwarten, wir sollten Mitteilungen, die sie interessieren und über die zu berichten Pflicht der Presse ist, erst bringen, wenn bürgerliche Blätter oder Parteizeitungen sie gebracht haben. Wollen die Parteiblätter sich entrüsten, so sollten sie sich einen geeigneteren Stoff aussuchen. Kein Wort der Mißbilligung finden wir aber darüber, daß auch in der letzten Tagung über geheim zu haltende Fraktionsbeschlüsse bürgerliche Blätter Mitteilungen machen konnten, z. B. darüber, daß die Fraktion für das Gesamtbudget zu stimmen beschlossen hatte. Einzelne Parteiorgane berichten über Abstimmungsverhältnisse in den letzten Fraktionssitzungen. Das widerspricht vielfach gefaßten Fraktionsbeschlüssen, nach denen nur über die von der Fraktion zur Veröffentlichung bestimmten Vorkommnisse aus ihren Reihen berichtet werden darf. Mit der Abstimmung über die Kriegskredite ist die über das Gesamtbudget nicht identisch; das ist gegenüber den Betrachtungen einiger Blätter nötig zu unterstreichen.

Gewerkschaftliches.

Kriegsteuerungszulagen für die Arbeiter der Reichswerften.

Die Arbeiterausschüsse der drei Reichswerften von Kiel, Wilhelmshaven und Danzig haben infolge der fortgesetzten sehr hohen Steigerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel eine Teuerungszulage für alle Werftarbeiter beantragt. Das Reichsmarineamt hat nun verfügt, daß den Arbeitern vom 15. März ab für die Zeit, die sie als Stundenlöhner in Lohn arbeiten, wenn sie eine Familie zu erhalten haben, eine Kriegszulage von 6 Pf. pro Stunde bis zum Höchstbetrage von 54 Pf. am Tage (einschließlich der Sonn- und Feiertage, an denen gearbeitet wird) gewährt. Für die alleinstehenden Arbeiter beträgt die Stundenzulage 3 Pf., die Höchstsumme pro Tag 27 Pf. Die Arbeiterinnen mit Familie erhalten 4 Pf. bezw. 36 Pf., die alleinstehende Arbeiterin 2 Pf. bezw. 18 Pf. Als Kinder zählen auch unterhaltungspflichtige uneheliche Kinder. Verheiratete Arbeiterinnen erhalten dann die höhere Zulage von 4 Pf. stündlich, wenn der Ehemann infolge Arbeitsunfähigkeit selbst nichts zum Unterhalt der Familie beitragen kann.

Berlin und Umgegend.

Die Forderungen der Schmiede abgelehnt.

Die bei den Innungsmeistern beschäftigten Schmiede haben, nachdem sie die Kündigung des Tarifs beschlossen hatten, durch den Metallarbeiterverband und den Gesellenausschuß ihre auf eine mäßige Lohnerhöhung gerichteten Forderungen dem Innungsvorstande eingereicht. Das war am 23. Februar. Bis jetzt hat der Metallarbeiterverband eine Antwort vom Innungsvorstande nicht erhalten.

Mit dem Gesellenausschuß hat der Innungsvorstand allerdings über die Forderungen gesprochen, aber nur, um sie rundweg abzulehnen. Als Störung des Burgfriedens bezeichnete es der Innungsvorstand, daß die Arbeiter Forderungen eingereicht hatten, und erklärte, die gegenwärtige Zeit sei nicht geeignet, neue Vereinbarungen abzuschließen; aber nach dem Kriege würde er bereit sein, über den Abschluß eines neuen Tarifs zu verhandeln. Weiter war beim Innungsvorstande trotz wiederholter Bemühungen der Arbeiter nichts zu erreichen. Auch die Frage, ob er dann mit dem Metallarbeiterverband als Vertretung der Schmiedegesellen zu verhandeln bereit sei, will der Innungsvorstand erst beantworten, wenn nach dem Kriege die Tariffrage aufs neue an ihn herantritt.

Angesichts dieser Sachlage hatten die Schmiedegesellen zu entscheiden, was zu tun sei. Da gewerkschaftliche Kämpfe in der jetzigen Zeit nicht geführt werden können, auf anderem Wege aber nichts zu erlangen ist, so beschloß die Branchenversammlung der Schmiede, den gekündigten Tarif als vorläufig weiter bestehend zu betrachten und nach dem Kriege mit neuen Forderungen an die Arbeitgeber heranzutreten.

Die Paragonkassablock-Gesellschaft in Oberschöneweide teilt uns mit, daß sie in ihrer letzten Aufsichtsratssitzung beschlossen habe, ihren Arbeitern für die Dauer des Krieges eine Kriegszulage von 10 Proz. zu gewähren. Es handelt sich um eine englische Firma, die natürlich gegenwärtig unter deutscher Verwaltung steht. Die Verwaltung hat auch einen Betrag von 15 000 M. für die Kriegsanleihe gezeichnet.

Die Bestrebungen der gegenwärtigen Verwaltung mögen vom besten Willen diktiert sein und speziell wir wollen ein Entgegenkommen gegen die Arbeiterschaft gern überall anerkennen, wo wir ihm auch begegnen. Bei der Paragonkassablock-Gesellschaft herrschen jedoch derart eigenartige Verhältnisse, daß wir auch diesen Anlaß nicht vorübergehen lassen können, ohne darüber ein paar Worte zu verlieren. Die Gesellschaft steht nämlich außerhalb eines jeden tariflichen Verhältnisses. War das schon unter englischer Verwaltung sonderbar, da England ja die Heimat der organisatorischen Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern ist, so muß uns das bei der jetzigen deutschen Verwaltung noch mehr verwundern. Die selbstlose Tätigkeit der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Zeit ist ganz allgemein anerkannt, eine Verbindung mit ihnen zwecks Regelung der Arbeiterverhältnisse ist auch bei den Behörden jetzt eine Selbstverständlichkeit geworden, der man sich nicht ohne schwerwiegende Gründe entzieht. Welche Gründe dazu können nun wohl bei der Paragonkassablock-Gesellschaft vorliegen? Die Tariforganisation, die für diese Gesellschaft in erster Linie mit in Frage käme, ist die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker, eine paritätische Organisation, an der Unternehmer und Arbeiter mit gleichen Rechten beteiligt sind. Diese Tarifgemeinschaft hat eine jahrzehntelange, von den Freunden der Tarifidee immer besonders lobend anerkannte Tätigkeit hinter sich. Keine Anregung hat aber bisher die Paragonkassablock-Gesellschaft vermocht, sich dieser Organisation anzuschließen. Infolgedessen stehen sich die Arbeiter der Gesellschaft auch in mancher Beziehung schlechter als die in anderen Betrieben. So erhalten sie — um eins herauszugreifen — Stundenlohn statt des im Buchdruckertarif vorgesehenen Wochenlohnes; sie erhalten also auch die gesetzlichen Feiertage nicht bezahlt. Ob die zehnprozentige Kriegszulage, die den Arbeitern nach Beendigung des Krieges ja wieder verloren geht, diese und andere Vorteile des Tarifverhältnisses aufzuwiegen vermag, erscheint uns doch zweifelhaft. Die jetzige Verwaltung der Gesellschaft sollte den Augenblick benutzen, das Unrecht gut zu machen, das die englische Verwaltung durch ständige Abweisung der Tarifidee an den Arbeitern beging.

Von der Zahlstelle Berlin des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter befinden sich zurzeit 1560 Mitglieder im Heeresdienste. Der bisherige Mangel an Brauern und Fahrpersonal wird durch die Stillegung verschiedener Betriebe und die Folgen der Kontingentierung, sowie durch die Beendigung der Mälzereien behoben; dagegen herrscht derzeitig Mangel an Flaschenkellerarbeitern.

Deutsches Reich.

Der Bergarbeiterverband in der Kriegszeit.

Am Schluß des zweiten Vierteljahrs 1914 hatte der Bergarbeiterverband 101 956 Mitglieder in 908 Ortsgruppen oder Zahlstellen. Als am 31. Oktober 1914 die erste allgemeine Mitgliederzählung vorgenommen wurde, liefen nur von 809 Zahlstellen Berichte ein. Am 30. Januar 1915 bestanden noch 861 Zahlstellen, also 47 weniger als Mitte 1914; und 781 beantworteten die Fragebogen. Die weitere Einberufung namentlich der örtlichen Funktionäre und einer ganzen Reihe von Bezirksleitern störte den Verbandsbetrieb ganz bedeutend. Es fehlt deshalb auch der genaue Nachweis aller Mitgliederabgänge während des Krieges. Am 30. Januar 1915 waren der Zentrale zwar nur 28 611 Mitglieder als zum Heere einberufen gemeldet, aber statt der 73 345 Mitglieder, die danach noch vorhanden sein sollten, wurden nur 57 618 gemeldet. Demnach gingen an dem Zähltage für 15 723 Mitglieder

keine Nachweise bei der Zentrale ein. Statt der 908 beim Kriegsbeginn vorhanden gewesenen berichteten am 30. Januar 1915 nur 781 Zahlstellen. Es blieben also noch aus 127 Zahlstellen die Berichte aus! Von den fehlenden Zahlstellen ist alsbald nach Kriegsbeginn eine lange Reihe aus den erklärten Ursachen eingegangen. Nicht nur dem Bergarbeiterverband ist es so ergangen. Die Gewerkschaften der Holzarbeiter, Fabrikarbeiter, Metallarbeiter, Bauarbeiter usw. verloren aus denselben Ursachen viele Zahlstellen und tausende Mitglieder. Von den 15 723 Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes, über die am 15. Januar nicht berichtet wurde, werden sicher noch mehrere Tausend Kriegsdienste tun, aber sie sind nicht der Zentrale gemeldet. Die anderen sind geflüchtet, ausgewandert oder sonst einstweilen verloren gegangen.

Infolge des Krieges ist naturgemäß auch die Einnahme zurückgegangen. Der Verband vereinnahmte:

	1913	1914
an Beiträgen . . .	1 885 700,80 M.	1 580 554,80 M.
Insgesamt	2 078 613,49 „	1 903 559,93 „

Die Mindereinnahme an Beiträgen beträgt 305 146 M. Der Mindereinnahme steht eine Extraausgabe von 702 334,30 M. gegenüber, die an Unterstützung für die Familien der im Felde stehenden Mitglieder aufgewendet wurde.

Der Fleischerverband im Jahre 1914.

Die Mitgliederzahl betrug am Abschluß des Geschäftsjahres 3737 einschließlich 409 weibliche gegen 6502 des Vorjahres. Zum Kriegsdienst wurden eingezogen 4690 Mitglieder = 70,8 Proz. des Bestandes der männlichen Mitglieder vom 2. Quartal. Unter den Eingezogenen befinden sich 1606 Verheiratete, die 2740 Kinder haben. Lohnbewegungen wurden 118 geführt. Sie erstreckten sich auf 85 Orte und 159 Betriebe mit 3160 Beschäftigten. Zum Streik kam es nur in einem Betriebe mit 43 Beschäftigten. Der Streik endete erfolgreich für die Beschäftigten. Von 4 Aussperrungen mit 61 Beteiligten endeten 1 erfolgreich, 2 teilweise erfolgreich, 1 erfolglos. In den Lohnbewegungen wurde für 1958 Beteiligte eine Arbeitszeitverkürzung von 15 310 Stunden wöchentlich erreicht, also durchschnittlich 7,8 Stunden für jeden Beteiligten. Für 2357 Beschäftigte wurde eine wöchentliche Lohnerhöhung von 6437 M. erreicht, somit durchschnittlich für den einzelnen Beteiligten 2,73 M. wöchentlich. Erhöhter Zuschlag oder überhaupt erst besondere Bezahlung der Ueberstunden wurde für 1879 Beschäftigte erreicht, desgleichen Bezahlung der Sonntagsarbeit für 1448. Für 2264 Beteiligte wurden noch sonstige Verbesserungen im Arbeitsverhältnis errungen. Tarifverträge wurden 127 für 3011 Beschäftigte abgeschlossen. Aus vorhergehenden Jahren bestanden noch 338 Tarife für 1348 Beschäftigte, so daß am Jahresschluß insgesamt 465 Tarife für 4522 Beschäftigte bestanden. Von diesen Beschäftigten waren leider nur 3091 organisiert. Die Ausgaben für Lohnbewegungen betrugen 4504 Mark. Die Finanzlage ist verhältnismäßig zufriedenstellend. Einschließlich des Kassenbestandes von 33 971 M. vom Jahre 1913 betrugen die gesamten Jahreseinnahmen 150 436 M. An Unterstützungen wurden 30 727 M. verausgabt, darunter 18 267 M. an Erwerbslose, 13 995 M. an Familien der Kriegsteilnehmer, 1708 M. für Rechtsschutz. Recht hohe Ausgaben erforderte die Agitation. Es sind 20 045 M. dafür aufgewendet worden. Der Kassenbestand betrug am Schluß des Geschäftsjahres 1914 einschließlich der Bestände in den Zahlstellen 49 568 M.

Während der Kriegsmonate bestand großer Mangel an Fleischergesellen deshalb, weil 70,8 Proz. der Fleischergesellen zum Kriegsdienst eingezogen wurden und die Fleischkonserven- und Wurstfabriken große Aufträge an Lieferungen für die Heeresverwaltung erhielten. In den Kriegsmonaten bis Schluß des Geschäftsjahres wurden 2770 Neuaufnahmen gemacht.

Aus Industrie und Handel.

Diskonto-Gesellschaft.

Die Diskonto-Gesellschaft hat bekanntlich im vergangenen Jahre ihr Aktienkapital erst um 25 Millionen, dann um 75 Millionen Mark erhöht, so daß sie heute mit 300 Millionen Mark an Aktienkapital alle anderen Großbanken überragt. Die zweite Kapitalerhöhung diente der Angliederung des Schaaffhausenschen Bankvereins, die erste der Erweiterung des Ueberseegeschäfts durch Gründung einer Niederlassung in Antwerpen. Durch den Kriegsausbruch wird der Einfluß beider Erweiterungen im Geschäftsabschluß für 1914 nicht ersichtlich. Die Diskonto ermäßigt wie alle anderen Banken ihre Dividende, und zwar um 2 Proz. auf 8 Proz. Der Bruttogewinn stellt sich auf 39,9 gegen 40,5 Millionen Mark im Vorjahre, der Reingewinn auf 22,1 gegen 25,7 Millionen.

Abwehr der Bier- und Milchpreiserhöhung in Bayern.

Die Brauereivereinigung in Augsburg hatte an die Wirte ein Rundschreiben ergehen lassen, wonach ab 15. März der Hektoliter Bier um 3 M. teurer abgegeben und der Preis für den Liter Bier um 4 Pf. erhöht werden sollten. Die Gastwirte lehnten diese Zumutung einstimmig ab, obwohl die Brauer mit Maßregelung drohten und erklärten, nur mehr Bier zu erhöhten Preisen zu liefern. Die Arbeiterschaft stellte sich ebenfalls auf die Seite der Wirte und bekämpfte die unter Bruch der mit den Wirten abgeschlossenen Verträge geplante Bierverteuerung. Das energische Vorgehen der Konsumenten bestimmte denn auch die Brauer, von ihrem Vorhaben zunächst Abstand zu nehmen und einige von den Brauern abhängige Wirte, die den Preis erhöht hatten, mußten wieder auf den alten Preis zurückgehen. Der Magistrat der Stadt Augsburg, der selbst Wirtschaften verpachtet hat, sprach sich ebenfalls einstimmig gegen die Bierpreiserhöhung aus.

Nach dem Vorbilde der Brauer wollten in Augsburg auch die Milchhändler eine Erhöhung des Milchpreises um 2 Pf. für den Liter durchsetzen. Der Magistrat setzte diesem Verlangen ebenfalls energischen Widerstand entgegen und beschloß, erforderlichenfalls an das Armeekorpskommando um Festsetzung von Höchstpreisen heranzutreten. Gleichzeitig wurde die Uebernahme der Milchversorgung durch die Stadt in Aussicht gestellt, wenn die Milchhändler auf der Durchführung der Milchpreiserhöhung beharren sollten. Damit dürfte auch diese geplante Verteuerung vorläufig beseitigt sein.

Der bayerische Gastwirteverband erklärt, daß die bayerischen Gastwirte gegen eine Bierpreiserhöhung sind. Wenn aber von den Brauereien eine Bierpreiserhöhung vorgenommen wird, dann fordern die Wirte 50 Proz. der Erhöhung als Entschädigung.

Oesterreichs Außenhandel im Jahre 1914.

Die Gesamteinfuhr Oesterreichs im Jahre 1914 belief sich auf 2753,2 Millionen gegen 3406,6 Millionen Kronen im Vorjahre, die Ausfuhr auf 2015,9 Millionen gegen 2769,7 Millionen Kronen. Im Dezember fiel die Einfuhr gegen 1913 von 328,6 auf 124,6 Millionen Kronen.

Zuckergewinnung im Jahre 1913/14.

Nach einer vom Kaiserlichen Statistischen Amt veröffentlichten Statistik hat sich die Gesamtzahl der während des Betriebsjahres, 1. September 1913 bis 31. August 1914 im Betrieb befindlichen Rübenzuckerfabriken gegen das Vorjahr von 342 auf 341 verringert. Die Zahl der Raffinerien ist mit 32 dieselbe wie im Vorjahre geblieben. Die mit Rüben bebaute Fläche ist gegen das Vorjahr nicht unerheblich zurückgegangen: von 547 625 auf 532 843 Hektar. Trotz der geringeren Anbaufläche war aber die Ernte eine größere; sie stieg von 136,4 auf 169,4 Millionen Doppelzentner. Das Berichtsjahr weist damit die höchste bisher in Deutschland verarbeitete Menge Zucker auf, ein Umstand, der uns zum Zweck der Volksernährung sehr wohl zugute kommen könnte, wenn nicht eine verfehlte Zuckerpolitik (Verfütterung denaturierten Zuckers an die Schweine, Erlaubnis zum Brennen des Zuckers, Aufrechterhaltung der Zuckersteuer) uns dieses wertvollen Nahrungsmittels beraubte. Die gesamte Erzeugung aller Betriebsanstalten belief sich auf 27 158 701 Doppelzentner gegen 27 063 271 Doppelzentner in 1912/13. Die Rüben ergaben eine Zuckerausbeute von 15,5 Kilogramm pro Doppelzentner Rüben (15,82 Kilogramm im Vorjahre.)

Weiteres Steigen der Schweinepreise.

Auf dem Berliner Markt, der einen Auftrieb von über 20 000 Schweinen aufwies, erreichten die Preise am Mittwoch eine noch nie dagewesene Höhe. Für Schweine dritter Qualität wurden 115 Mark pro Zentner gefordert. — Gedenkt man wirklich nicht, dieser unerhörten Preistreiberei baldigst durch Festsetzung von erschwinglichen Höchstpreisen ein Ende zu machen? Seit Juli vorigen Jahres sind die Schweinepreise um nicht weniger als 100 Proz. gestiegen!

Preiserhöhung in Glühstrümpfen.

Nachdem die Verkaufsstelle für Thorium-Nitrat infolge Knappheit und Teuerung der Rohchemikalien den Preis hierfür um weitere 40 Proz. erhöhte — was eine Gesamtsteigerung gegen den vorjährigen Preis um 80 Proz. bedeutet —, hat nunmehr eine gemeinsame Versammlung der Vereinigung Deutscher Glühstrumpffabrikanten und des Verbandes unabhängiger Glühkörperfabrikanten am vergangenen Sonnabend beschlossen, eine entsprechende Erhöhung der Glühstrumpfpreise vorzunehmen. Diese Steigerung wird sich auf zirka fünf Pfennig für den gewöhnlichen Glühstrumpf stellen

Soziales.

Unfallschaden vor dem Gewerbegericht.

Eine Forderung in Höhe von 11 M. machte gestern ein Dreher vor der Kammer 5 des Gewerbegerichts für einen Schaden geltend, der ihm infolge eines Betriebsunfalls an seinen Kleidern entstanden war.

Verklagt war die Firma Gebr. Scheffler. Dort waren dem Kläger Arbeiten an einer Drehbank übertragen, an der die erforderlichen Schutzvorrichtungen fehlten. Zu seinen Arbeiten benötigte der Kläger Kaliber, die auf Anordnung des Meisters auf einer Fensterbank in der Nähe der Drehbank placiert waren. Um diese Werkzeuge zu erlangen, mußte der Kläger einen schmalen Durchlaß zwischen dem Räderwerk der Maschine und einem Werkzeugspind passieren. Dabei geschah es eines Tags, daß er von den Rädern erfaßt wurde. Dieser Unfall verursachte an seinen Kleidern einen größeren Schaden, den er auf 11 M. beziffert. Er verlangt diesen Schaden ersetzt, weil durch Verschulden der Firma nicht für die nötige Betriebssicherheit gesorgt gewesen sei.

Die beklagte Firma dagegen warf dem Kläger vor, er habe es an der erforderlichen Aufmerksamkeit fehlen lassen und dadurch den Schaden selbst verschuldet. Sie legte auch einen Situationsplan vor, um nachzuweisen, daß der Raum zwischen der Maschine und dem Spind genügend breit sei, um unbeschädigt hindurchgehen zu können. Durch die Zeugenvernehmung wurde jedoch festgestellt, daß die Zeichnung den Zustand wiedergibt, wie er nach dem Unfall geschaffen wurde.

Das Gericht verurteilte die Firma zur Zahlung der geforderten Summe, weil zumindest das größere Verschulden auf ihrer Seite liege.

Angemessener Lohn.

In Ermangelung einer Lohnvereinbarung und weil keine Verständigung zu erzielen war, forderte ein Hausdiener im Klagewege angemessene Bezahlung für 41 Tage.

Der Kläger war bei dem Inhaber eines Geschäfts für Gas- und Eisenwaren, Seyfert, tätig. Er erhielt vom Beklagten neben freier Beköstigung bei seinem Abgange für die ganze Beschäftigungsdauer nur 50 M. in bar. Der Beklagte wollte in das Entgelt eingerechnet haben die Kosten, die er aufgewendet hatte, wenn er mit dem Kläger zu Bierabenden usw. gegangen ist.

Darauf ist natürlich das Gericht nicht eingegangen. Es sah einen Wochenlohn von 25 M. als angemessen an und rechnete noch einen Anspruch von 47,50 M. heraus. Hierbei wurde, entsprechend der vom Polizeipräsidium festgestellten Sätze für die Beköstigung pro Tag 1,25 M. zugrunde gelegt. Auch damit wollte sich der Beklagte nicht einverstanden erklären, denn für diesen Betrag sei keine Beköstigung möglich. Das Gericht ging davon jedoch nicht ab. Mit Recht wies es darauf hin, daß ja auch Kläger, wenn sie Beköstigung einklagen, mit dem Betrag zufrieden sein müßten, auch wenn sie damit nicht auskommen.

Schließlich einigten sich die Parteien auf den Vorschlag des Gerichts mit 47,50 M.

Ein Schürzenjäger.

Eine merkwürdige Auffassung von den Befugnissen des Prinzipals gegenüber einer „zur Probe" Angestellten bekundete der Kaufmann Grundei, gegen den die jugendliche Kontoristin Hedwig W. vor der 2. Kammer des Kaufmannsgerichts Klage erhob.

G. stellte für seine Wäscheverleihanstalt, die er in der Frankfurter Allee 61 betreibt, die Klägerin zur Probe an und beschäftigte sie zuerst auch im Hause. Gleich in den ersten Tagen machte der Beklagte Annäherungsversuche, die sich das eingeschüchterte junge Mädchen auch törichterweise gefallen ließ. Wie die Klägerin weiter behauptet, sei der Chef in den folgenden Tagen zudringlicher geworden. Als sie die unsittlichen Angriffe zurückwies, habe er sie darauf hingewiesen, daß sie nur auf Probe angestellt sei. Sie wurde nur noch mit Botengängen beschäftigt, was sicherlich nicht der Fall gewesen wäre, wenn sie dem Prinzipal zu Willen gewesen wäre. Als sie dann im Geschäft hörte, daß es der Chef mit den anderen weiblichen Angestellten auch so getrieben hatte, offenbarte sich die Kontoristin ihrer Mutter, die sie sofort aus dem Geschäft nahm. Die Versuche der Mutter, das Gehalt zu erlangen, sah der Beklagte als Erpressung an und erstattete Anzeige gegen die Mutter; die Eröffnung des Verfahrens wurde aber von der Staatsanwaltschaft abgelehnt. Wegen des ihrer Tochter angetanenen Schimpfes verwies der Staatsanwalt die Mutter auf den Weg der Privatklage.

In der Verhandlung vor dem Kaufmannsgericht gab der Beklagte zu, die Klägerin geküßt zu haben, er versuchte aber, sein Verhalten damit zu entschuldigen, daß das Kontorfräulein sich ihm gegenüber kokett gezeigt habe, und „man sei doch schließlich auch noch jung". Das Kaufmannsgericht vermochte jedoch diese seltsame Moralanschauung eines Geschäftsherrn nicht zu billigen, sondern hielt den sofortigen Austritt der Klägerin für berechtigt. Wie weit Kläger mit seinen Annäherungsversuchen gegangen sei, könne dahingestellt bleiben. Als Geschäftsherr und gesetzter Mann mußte er gegenüber dem jungen Mädchen die nötige Distanz wahren und sich selber vor jeder Annäherung hüten. Das Gehalt stehe der Klägerin bis Ablauf der Kündigungsfrist zu, weil es eine Anstellung zur Probe ohne Zeitbestimmung nicht gibt.

Genossenschaftliches.

Die Konsumvereine 1914.

Die Zahl der dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften ist im Jahre 1914 von 1157 auf 1109 zurückgegangen. Der Grund liegt nicht in Austritten, sondern in der fortschreitenden Zentralisation, in der Verschmelzung kleiner Vereine zu größeren. Das ergibt sich auch aus der Mitgliederbewegung; die Zahl der den Verbandsvereinen angehörenden Mitglieder ist nämlich von 1 621 195 auf 1 717 519 gestiegen. Auch der Umsatz im eigenen Geschäft hat sich von 472 auf 493 Mill. Mark erhöht. Von den neun Unterverbänden, in die der Zentralverband gegliedert ist, steht der sächsische mit 162 Vereinen, 323 454 Mitgliedern und über 109 Millionen Mark Umsatz an erster Stelle. Auch mit der Zunahme von rund 17 000 Mitgliedern steht er obenan. Der zweitstärkste ist der nordwestdeutsche Unterverband (mit den zwei Riesen-Genossenschaften in Hamburg) mit 277 586 Mitgliedern. Dann folgt der Brandenburger Verband (mit Berlin), der 207 586 Mitglieder zählt. An letzter Stelle steht der württembergische mit 110 071 Mitgliedern.

Da die Statistik am 30. Juni 1914 abschließt, so kommen in diesen Angaben die Einwirkungen der Kriegszeit noch nicht zur Geltung. Soweit die Zahl der Mitglieder in Betracht kommt, kann jetzt schon gesagt werden, daß während der Kriegsmonate fast überall eine starke Zunahme zu beobachten ist. So hat z. B. der Konsumverein Vorwärts in Dresden bis Ende Januar rund 4000 neue Mitglieder gewonnen. Sehr häufig konnten die Konsumvereine, besonders in den ersten Wochen des Krieges, als panikartige Einkäufe des Publikums und infolgedessen Preiserhöhungen zu verzeichnen waren, preisregulierend nach unten wirken. Das hat viele Arbeiterfamilien bewogen, nun auch Anschluß im Konsumverein zu suchen.

Gerichtszeitung.

Vorsicht mit „Kriegsandenken"!

Zur Warnung für diejenigen, die sich gern Kriegsandenken in Gestalt von Waffen der kämpfenden Heere verschaffen, kann eine Anklage wegen Hehlerei und unbefugten Waffentragens dienen, die gestern den Maurer Wilhelm Leverenz vor die Strafkammer führte.

Der Angeklagte war eine Zeitlang in Westpreußen in der Gegend von Culm als Maurer beschäftigt gewesen und hatte dort von einer dritten Person einen ihm angebotenen russischen Revolver gekauft, den er als Andenken mit nach Berlin brachte. Hier zeigte er die Schußwaffe voller Stolz und Freude in einem Schanklokal herum und war nicht wenig überrascht, als er bald darauf zur Polizei vorgeladen wurde. Ein Gast, der in dem Schanklokale den Vorgang mit angesehen, hatte Anzeige gegen ihn erstattet. Bekanntlich hat schon die oberste Heeresleitung seinerzeit warnend darauf hingewiesen, daß es unzulässig und strafbar sei, Ausrüstungsgegenstände des feindlichen und eigenen Heeres, sogenannte Beutestücke, an sich zu bringen oder käuflich zu erwerben. Der Angeklagte versicherte, daß es ihm nur darum zu tun gewesen sei, ein Erinnerungsstück an die große Kriegszeit sein Eigen zu nennen, ohne daß er eine Ahnung davon gehabt habe, sich strafbar zu machen. Der Staatsanwalt beantragte für beide Vergehen je 5 Tage Gefängnis. Das Gericht sprach den Angeklagten von der Hehlerei frei, da nicht nachzuweisen war, daß der Revolver durch eine strafbare Handlung in den Besitz des Verkäufers gelangt war. Wegen unbefugten Waffentragens wurde L. zu 1 Tage Gefängnis verurteilt.

Eingegangene Druckschriften.

Geschichten aus den vier Winden. Von M. Dauthendey. 4 M., geb. 5,50 M. A. Langen München.

Der englische Gedanke in Deutschland. Zur Abwehr des Imperialismus, von E. Müller-Holm. Brosch. 1,80 M. — **Der Krieg und die deutsche Seele.** Von E. Hormeffer. Brosch. 1 M. E. Reinhardt, München.

Kriegsbuch der Volksernährung. Von Dr. M. Winckel. Brosch. 1,80 M. — C. Gerber, München.

Die ertragreiche Bewirtschaftung kleiner Gärten. Von G. Thiem. 30 Pf. — G. Braunsche Hofbuchdruckerei, Karlsruhe i. Baden.

Deutschlands geistige Weltmachtstellung. Von R. v. Delius. 1,50 M. — „Die Lese", Stuttgart.

Deutsche Antwort. Entgegnung auf die amerikanische Note von E. Schiff. 40 Pf. — **Einige Kapitel zur auswärtigen Politik.** Von Dr. Th. Thomsen. 50 Pf. — R. Curtius, Berlin W. 35.

„Aus einem Tagebuch 1914." 4. Mappe: 6 Bilder von A. Hengeler. Einzelbild 80 Pf. — C. Schnell, München.

Gesetzliche Geburtsfolgen. Von Dr. H. Holbein. 101 S. — Frommannsche Buchdruckerei (H. Pohle), Jena.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitagmittag: Ziemlich mild, im Südosten zeitweise heiter und trocken und in den anderen Gegenden überwiegend bewölkt und besonders an der Küste vielfach etwas Regen.

Aus aller Welt.

Aufopfernde Tat im Kugelregen.

Am 20. August gegen 6.30 Uhr morgens begann ein Infanteriegefecht, daß bis zum Beginn des Sturmangriffs auf St. Kreuz andauerte. Die 1. Kompagnie des 3. Bataillons Bayerischen-Ersatz-Infanterie-Regiments nahm die französische Stellung im Sturm und lag dann in der Verlängerung des gegnerischen Schützengrabens. Hier erhielt die Kompagnie nicht nur wirksames Feuer von der gegnerischen Front, sondern auch gewaltiges Infanterie-Flankenfeuer von St. Kreuz her und heftige Artillerie-Beschießung von den Markircher Höhen. In diesem Regen von Kugeln und Artilleriegeschossen suchte jeder möglichste Deckung. Viele der Mannschaften waren schon gefallen, als der Gefreite Tambour Emil Lauterbach aus Hohlenweg bei Leislingen, Kreis Solingen, der neben seinem Kompagnieführer als Gefechtsordonnanz kniete, bemerkte, daß Leutnant Böhm, ebenfalls getroffen, sich aufwarf. Ungeachtet der heftigen Beschießung sprang Lauterbach zu dem verwundeten Offizier, faßte ihn unter den Armen und zog ihn etwa 50 Meter unter dem stärksten Feuer in die nächste Deckung zurück. Ein weiteres Tragen war nicht mehr möglich, der Gefreite ging deshalb zurück und veranlaßte, daß Sanitätspersonal zur Stelle kam. Später holte Lauterbach noch etwa 20 Verwundete zurück.

Der Reichstagsabgeordnete Karl Liebknecht, der seinerzeit bei den Pionieren seiner Militärpflicht genügt hat, ist nun nach Vertagung des Reichstags als Landsturmmann zu den Waffen einberufen worden und gestern nach Lothringen abgereist, um sich dort bei der Armierungstruppe zu stellen. Sein Bruder und Sozius, der Rechtsanwalt Theodor Liebknecht tut schon seit einiger Zeit als Pionierunteroffizier in Polen bei einer aktiven Truppe Dienst.

Ein Waldbrand von deutschen Landsturmleuten gelöscht.

Wie Brüsseler Blätter melden, brach in Wepion bei Namur ein Waldbrand aus, der großen Umfang anzunehmen drohte. Das Feuer wurde aber dank dem Eingreifen deutscher Landsturmmänner bald gelöscht, so daß nur einige Hektar Wald zerstört wurden.

Dankbare russische Gefangene.

Der praktische Arzt Dr. Rother aus Landsberg a. W. feierte vor wenigen Tagen seinen siebzigsten Geburtstag. Unter den zahlreichen Gratulationsschreiben befand sich auch ein von russischen Gefangenen, die im Kriegslazarett „Eldorado" liegen, verfaßtes

Schreiben, das folgenden Wortlaut hat: Hochverehrter Herr Doktor Rother! Am Tage Ihres siebzigsten Geburtstages bitten Sie die russischen Verwundeten im Reservelazarett „Eldorado" diese Adresse als den Ausdruck tiefgefühlter Dankbarkeit dafür annehmen zu wollen, daß sie in Ihnen nicht nur einen vortrefflichen Arzt, sondern auch einen seelensguten Menschen getroffen haben, der wie ein Vater für seine Kinder um ihr Wohl besorgt ist. Sie haben ihnen aber nicht nur die Schmerzen ihrer Wunden, sondern auch das Leid, fern von der Heimat und den Ihren zu sein, gelindert. Die Verwundeten werden, wenn sie wieder in das weite Rußland heimgekehrt sind, an Sie zurückdenken und Sie lieben und verehren wie ihren eigenen Vater. J. A.: Eugen Wulffson, Iwan Funzew.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

W. S. 164. 1. und 2. Wenden Sie sich an die Prüfungsstelle für Einjährig-Freiwillige, Invalidenstr. 52. Dort erhalten Sie nähere Auskunft. — **R. H. 53.** The Prisoners of War Information Bureau, London, 49 Wellington Street, Strand. — **A. R. 22.** Per Anweisung mit dem Vermerk „Kriegsgefangenensendung" und mit deutlich, in lateinischen Buchstaben geschriebener Adresse beim Postamt aufgeben. — **K. II.** An trockenem und gut gelüftetem Ort. — **G. Z. 57.** An die Stiftungsdeputation des Magistrats, Poststr. 16. — **R. 500** und **S. 120.** Ist sehr schwankend. Uebrigens müssen wir es grundsätzlich ablehnen, bei Austragung von Wetten behilflich zu sein. — **R. B. 100.** Da haben Sie sich einen schönen Bären aufbinden lassen. — **F. M. H. B.** Hierbei können wir Ihnen leider nicht behilflich sein. — **Franz Wagenknecht.** Fragen Sie an bei der Geschäftsstelle des Turnvereins „Fichte", N. Hausen, Köpenicker Str. 108. — **W. M. 10.** Ist noch niemals gestattet gewesen. — **H. K. 5.** Dafür gibt es keine Polizeivorschriften. Im allgemeinen besteht die Verpflichtung, bei Eintritt der Dunkelheit die Treppen zu beleuchten. Fragen Sie doch Ihren Hauswirt, wann Sie Licht machen sollen. — **W. 87.** Nein. — **P. 43.** Der Wirt ist dazu nicht verpflichtet, er kann die Möbel einbehalten. — **P. E. 97.** Ihre Auffassung ist richtig. Uns ist davon nichts bekannt. Wenden Sie sich an den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. — **O. T. 99.** Die Abmachung mit der Verwalterfrau wird nicht für rechtsverbindlich erachtet werden können. Sie hätten sich vom Vermieter (also jedenfalls vom Verwalter) die schriftliche Zusicherung müssen geben lassen, daß Sie die Wohnung am 1. April räumen können und der Vertrag gelöst ist. Wenn Sie nicht mit dem neuen Wirt im Guten auseinanderkommen, haften Sie auch dort für den Vertrag. — **Elda 01.** Sie haften nicht für die Schulden der minderjährigen Tochter. Der Beitrag richtet sich je nach den Vermögensverhältnissen des Vaters. — **W. W. 100.** Die Krankenkasse, in der Ihre Frau versichert ist, zahlt die Unterstützung. Wenden Sie sich an die Frauenklinik in der Ziegelstraße. Die Frau bekommt 48 M. monatlich, abgezogen von der Kriegsunterstützung wird ihr nichts. — **K. T. 808.** Landsturm ohne Waffe, Arbeitssoldat. — **K. L. 103.** Das können wir nicht wissen, entscheidet der Militärarzt. — **M. T.** Wieviel das kostet, wissen wir nicht. Der Transport der Leiche von dort wird sicher nicht gestattet werden. Wegen mit dem Knochen verwachsener Narben landsturmpflichtig. — **P. 32.** Die 16 Pf.-Marke. Sie müssen den Schuldner zunächst auffordern, das Pfand einzulösen. — **Bruno 80.** Entscheidet der Militärarzt. Es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, daß Sie nicht zum Militärdienst eingezogen werden.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Ohne Verbindlichkeit.) Mittwoch, den 24. März 1915. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg, Ochsenfleisch Ia 84—97, do. IIa 76—84, do. IIIa 67—76; Bullenfleisch Ia 79—89, do. IIa 75—78; Kühe, fett 65—71, do. mager 52—62, do. dänische 50—60; Fresser 60—73, Fresser, dänische, 55—65, Bullen, dänische, 60—72; Kalbfleisch, Doppellender 125—135; Mastkälber Ia 82—105, do. IIa 00—00; Kälber ger. gen. 50—70. Hammelfleisch: Mastlämmer 100—105; Hammel Ia 94—99, do. IIa 89—94; Schafe 95—100. Schweinefleisch: Schweine, fette 00—00, sonstige 90—117, dän. Sauen 73—75, dän. Schweine 76—85. — Gemüse, inländisches: Kartoffeln, Daberische 50 kg 0,00; weiße Kaiserkronen 0,00; Magnum bonum 6,00—6,50; Woltmann 0,00; Porree, Schock 2,00—3,00; Sellerie, Schock 5,00—10,00; Spinat 50 kg 20,00—25,00; Mohrrüben 7,00—8,00; Wirsingkohl Schock 9,00—15,00; Wirsingkohl 50 kg 9,00—10,00; Weißkohl Schock 9,00—15,00, Weißkohl 50 kg 10,00—11,00; Rotkohl, Schock 9,00—16,00; Rotkohl 50 kg 10,00 bis 12,00; Grünkohl 50 kg 22,00—25,00; Kohlrüben Schock 6,00—14,00; Teltower Rüben 50 kg 16,00—20,00, Märkische Rüben 50 kg 10,00—18,00. Rosenkohl 50 kg 35,00—40,00, Meerrettich Schock 6,00—12,00; Petersilienwurzel Schockbund 4,00—6,00; Zwiebeln 50 kg 17,00—18,00, Rhabarber, Hamburger, 100 Bund 6,00—14,00. Radieschen Schockbund 3,00. Waldmeister Mandel 1,50—1,80. Apfelsinen: italienische 50 kg 16,00—19,00, dito 200 Stück 12,00, dito 300 Stück 11,00—13,00, Murcia 200 St. 15,00—18,00, dito 300 Stück 13,00—17,00, Messina 160 St. 11,00—14,00, 200 St. 12,00—14,00, 300 St. 10,00—15,00. Messina Blut- 80 St. 8,50—9,00, do. 100 St. 7,00—9,00, do. 150 St. 8,00—11,00. Spanische 420 St. 25,00—35,00, do. 714 St. 35,00—40,00, do. 1064 St. 37,00—41,00, do. 420 St. large 30,00—40,00.

Leipziger Str. Königstraße **A. WERTHEIM** G. M. B. H. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Heute billiger Fleisch-Verkauf

soweit Vorrat

Schmorfleisch mit Knoch. Pfund **85** Pf.
Rinderfilet unausgeschält, im ganzen, Pfd. **95** Pf.
Roastbeef mit Knochen ..... Pfund **80** Pf.
Rinderbrust ... Pfund **75** Pf.
Rinderkamm . Pfund **75** Pf.
Querrippe ..... Pfund **65** Pf.
Gehacktes Fleisch Pfd. **65** Pf.
Eisbein (Dickbein) . Pfund **65** Pf.

Am nächsten Sonntag (vor Ostern) sind unsere Geschäftshäuser von 1 bis 6 geöffnet

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
8. Abt. Bez. 600.

Am Sonntag, den 21. März, verstarb unser Genosse, der Former

Wilhelm Stein,
Lothringstr. 20.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 25. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedens-Kirchhofes in Niederschönhausen-Nordend aus statt. 263/12

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern diene zur Nachricht, daß unser Kollege, der Reservefahrer

August Neumann,
(Brauerei Gebr. Wanninger) verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4½ Uhr, von der Halle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weißensee, Falkenberger Straße, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
42/5 **Die Ortsverwaltung.**

Den am 22. dieses Monats erfolgten Tod meines lieben Mannes und unseres guten Vaters

August Neumann
im 45. Lebensjahre

zeigen tiefbetrübt an
Minna Neumann u. Kinder
Höchstestraße 4.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. März, nachmittags 4½ Uhr, auf dem Bartholomäus-Friedhof, Weißensee, Falkenberger Weg, statt. 1379b

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

Wilhelm Stein

gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedens-Kirchhofes in Nordend aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

Fritz Krüger

am 21. März an Lungenleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. März, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 111/6

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Fensterputzer

Max Lieder

von der Firma Biederbork, Friedrichsgracht 60, am 22. d. Mts. im Alter von 36 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. d. M., nachmittags 3¼ Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Beelitz (Stadt) aus statt.

62/6 **Die Bezirksverwaltung.**

Am 14. März fiel auf dem Felde der Ehre der Grenadier des 3. Garderegiments

Oskar Rimkus.

Den Verlust des treuen Freundes zeigt tiefbetrübt an 288

Erna Schneider, Neukölln.

Konsum-Fleischerei!
Seltenes Angebot
aus täglich frischer Schlachtung:

230/11	1 Pfd.	2 Pfd.
Schweinerippchen	50 Pf.	85 Pf.
Schweinskopf	30 „	— „
Röhren und Schlußknochen	20 „	30 „

Zentralmarkthalle: Reihe 10, Stand 58—62. Weddinghalle: Stand 8—9. Andreashalle: Stand 15—16. Für Wiederverkäufer: Holzmarktstr. 47.

Geldnot!
ist ein Uebel. Sie sparen viel, wenn Sie zurückgesetzte Anzüge, Ulster, Paletots u. zurückgebliebene Maßgarderobe, ebenso reelle, moderne fertige Garderobe für alle Figuren passend hier direkt vom Schneidermeister zu teilweise herabgesetzten Preisen kaufen. Der weiteste Weg lohnt.
A. Ringel, Schneidermeister, Chausseestr. 31 u. Invalidenstr. 113.

Die schreibende „Smith Premier" rechnet, die rechnende „Smith Premier" schreibt.

Smith Premier Ratiotyp
ist die
Schreibmaschine Ihrer Wahl.
Prospekte gratis und franko von
Smith Premier-Schreibmasch.-Ges.
Berlin W., Potsdamer Str. 75.
und W., Friedrichstr. 62.

Gewerkschaftshaus

Am 1. Osterfeiertag, im großen Saal, von 6 Uhr ab:

Lichtbildervorführung
(die Kunstschätze auf den östl. Kriegsgebieten.)

Die Bilder kommen zum ersten Male zur Vorführung.
Vortragende ist die Frau des Reichstagsabgeordneten Dr. **Liebknecht.**
Garderobe 25 Pf. — — Freier Eintritt.

Von 4 Uhr an:

Kindermärchen-Lichtbildervorführung.

Vortragende Frau **Regina Ruben.** Vorführung: **Till Eulenspiegel, Hinaus ins Freie, Frau Holle** u. **Deutsche Sagen** von **Gebr. Grimm.**
Garderobe 10 Pf. und freier Eintritt.

Es ist uns wieder gelungen, einen großen Posten

Gänse und Rehe, Puten und Mastkälber und andere Delikatessen

zu kaufen.

Dieselben kommen wieder
Sonnabend und Sonntag
a Portion 80 Pf.
zum Verkauf.

Sonntag, den 28. März 1915:

Blumenkohlsuppe
Kraftbrühe mit Mark

Hecht grün
Mayonnaise von Lachs
Kalbssteak mit Blumenkohl
Ochsenbrust mit Meerrettichsauce

Gänsebraten
Kalbsrücken
Sauerbraten

Kompott oder Salat

Speise oder Käse

Am **Freitag und Sonnabend** zwischen **2** und **6** Uhr findet ein sehr
billiger Schnellverkauf von Fleisch und Räucherwaren
nicht unter **5** Pfund statt.
Ein großer Posten **Bouillonknochen,** das Pfund **15** Pf.

Gothaer Zervelatwurst	1,40 M.	Ochsenfleisch, schier, das Pfd.	1,— M.
Schinkenspeck, das Pfund	1,30 M.	Schweineschinken u. Rücken	1,10 M.
Barmer Mettwurst	1,20 M.	Roastbeef	80 Pf.
Magerer Speck	1,30 M.	Kalbskeule und Nierstück	90 Pf.
Hallesche Leberwurst	1,20 M.	Kalbskamm und -Brust	80 Pf.
Thüringer Bratwurst	1,00 M.	Ein Posten roher Gänsekleine	1,10 M.
Kongreßwurst	1,20 M.		

H. & P. Uder, Berlin SO. 16. Engel-Ufer 5,
Haupt-Niederlage der k. k. österr. Tabak-Regie.
Zigarren — Zigaretten — Rauchtabake.
Nur für Wiederverkäufer zu Originalpreisen.
Alleinverkauf der Fabrikate der Firma
F. J. Burrus St. Kreuz
Größte deutsche Rauchtabakfabrikation.
Jahresproduktion über 5 000 000 Pfd. Rauchtabake
Zigaretten-Spezialität: **L'Algerienne.**

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Abonnementseinladung.

Eine Zeitung gehört zum Leben eines Kulturmenschen wie das Brot zur täglichen Nahrung. Das politische und wirtschaftliche Leben ist so weitschichtig, so vielgestaltig, die Kenntnis aller Vorgänge in der Oeffentlichkeit so erforderlich, daß ohne eine Zeitung nicht auszukommen ist. Gerade die jetzige Zeit mit ihren großen wirtschaftlichen und politischen Umwälzungen, mit den gewaltigen Kämpfen auf den Kriegsschauplätzen macht das Halten einer Zeitung zu einem unabweisbaren Bedürfnis.

Nicht jede Zeitung ist für jeden Leser geeignet. Nicht jede Zeitung hat die gleichen Bedürfnisse zu erfüllen, und jede Zeitung hat ein anderes Lesepublikum. Der „Vorwärts" ist von jeher das Blatt der Berliner Arbeiterschaft gewesen. Er bemüht sich, die Wünsche der erwerbstätigen Bevölkerung zu berücksichtigen, soweit das in der gegenwärtigen Zeit überhaupt möglich ist, aber er kennt die Leiden und er kennt die Lage der breiten Massen.

Der „Vorwärts" ist eifrig bestrebt, auf dem Gebiete der Berichterstattung sich die größte Objektivität aufzuerlegen. Gerade dadurch glaubt er, auch der Allgemeinheit am wirksamsten zu dienen und am besten zu nützen.

Der „Vorwärts" erscheint täglich und kostet pro Monat 1,10 M.

Der „Vorwärts" kann auch im Wochenabonnement bezogen werden und kostet pro Woche 25 Pf.

Bestellungen können bei jeder Botenfrau, bei unseren Zeitungsspeditionen und auch in der Hauptexpedition unseres Blattes, Lindenstraße 3, aufgegeben werden.

*

Beim Ausbleiben oder bei verspäteter Lieferung einer Nummer wollen sich die Postbezieher stets nur an den Briefträger oder die zuständige Bestell-Postanstalt wenden. Erst wenn Nachlieferung und Aufklärung nicht in angemessener Frist erfolgen, wende man sich unter Angabe der bereits unternommenen Schritte an unseren Verlag.

Feldpost-Abonnements.

Wir weisen unsere Leser darauf hin, daß unsere sämtlichen Filialspeditionen wie die Hauptexpedition Feldpost-Abonnements auf den „Vorwärts" zum Preise von

1,10 Mark monatlich

entgegennehmen. Die Zeitung wird den im Felde Stehenden von unserer Hauptexpedition als Feldpostbrief täglich nachgesandt.

Bei Bestellung des Abonnements ist genau anzugeben, welchem Armeekorps, Division, Brigade, Regiment, Bataillon, Kompagnie usw. der Empfänger angehört.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 182 der preußischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Stab der 11. Reserve und der 15. Inf.-Div.; 5. Garde-Inf.-Reg.; Garde-Gren.-Regimenter Elisabeth und Nr. 5; Garde-Füs.-Reg.; Gren.- bzw. Inf. bzw. Füs.-Regimenter Nr. 1, 9, 16, 18, 21, 23, 24, 25, 26, 27, 37, 40, 44, 45, 49, 51, 53, 57, 58, 61, 67, 68, 69, 71, 72, 73, 74, 77, 80, 86, 87, 88, 94, 99, 109, 113, 128, 135, 136, 140, 147, 148, 150, 158, 159, 160, 162, 163, 164, 165, 169, 170, 171, 172, 173, 175; Res.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 8, 17, 18, 22, 23, 26, 28, 29, 37, 38, 39, 46, 48, 55, 57, 66, 67, 68, 69, 73, 75, 79, 80, 84, 87, 93, 99, 128, 130, 140, 201, 202, 204, 206, 207, 211, 212, 217, 219, 221, 225, 226, 227, 228, 229, 233, 235, 238, 239, 262; Ers.-Inf.-Reg. Königsberg III; Res.-Ers.-Reg. Nr. 4; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 4, 7, 11, 21, 22, 25, 26, 31, 36, 37, 56, 61, 75, 77, 78, 85, 118, 128; Landw.-Ers.-Reg. Nr. 2; II. Rekruten-Bat. der 14. Inf.-Div.; Ueberplanmäßiges Landw.-Inf.-Bat. Nr. 3 des 4. Armeekorps; Brig.-Ers.-Bataillone Nr. 8, 9, 15, 55, 81, 83; Landw.-Brig.-Ers.-Bataillone Nr. 10, 21; Landst.-Bataillone 2. Aachen, V Darmstadt, Deutz, Düren, Eisenach, 1. Essen, 3. Frankfurt a. O., Gera, III Gleiwitz, Glogau, Hamburg, Insterburg, III Königsberg, Konitz, Kulm, I Lauban, Mannheim, I Posen, Saarbrücken, 4. Trier; Landst.-Ers.-Bataillone 3. Elberfeld und Karlsruhe; Jäger-Bataillone Nr. 2, 4; Res.-Jäger-Bat. Nr. 5; Radfahrer-Komp. N O Leibitsch bei Thorn; Garde-Maschinengewehr-Abt. Nr. 1; Festungs-Maschinengewehr-Abt. Nr. 6; Unteroffiziervorschule Jülich.

Kürassiere Nr. 7, 8; Grenadiere zu Pferde Nr. 3; Drag. Nr. 22; Husaren Nr. 14; Ulanen Nr. 4, 7, 15; Res.-Ulanen Nr. 4; Res.-Kav.-Abt. Nr. 75.

1. Garde-Res.-Feldart.- und 5. Garde-Feldart.-Reg.; Feldart.-Regimenter Nr. 18, 20, 27, 33, 38, 56, 59, 75; Res.-Feldart.-Regimenter Nr. 5, 15, 17, 49, 61, 62; 1. Landw.-Feldart.-Batt. des 11. Armeekorps.

Fußart.-Regimenter Nr. 5, 6, 7, 9, 13; Res.-Fußart.-Regimenter Nr. 3, 9, 11, 16; Landw.-Fußart.-Bataillone Nr. 2, 8; Park-Bat. Nr. 4 des 8. Armeekorps; Schwere 12-Zentimeter-Batt. Bösenberg.

Pion.-Regimenter Nr. 23, 25; Garde-Pion.-Ers.-Bat.; Pion.-Bataillone: I. Nr. 4, I. Nr. 6, I. Nr. 7, II. Nr. 14, III. Nr. 16, I. Nr. 27, I. Nr. 28; Res.-Pion.-Bat. Nr. 39; 51., 78. und 79. Res.-Pion.-Komp.; 1. Landw.-Pion.Komp. des 10. Armeekorps.

Eisenbahn-Baukomp. Nr. 15; Kraftfahr-Bat.

Inf.-Munitionskol. Nr. 3 des 21. Armeekorps; Art.-Munitionskolonne Nr. 6 des 14. Armeekorps.

Sanitäts-Komp. Nr. 3 des 20. Armeekorps; Res.-Feldlazarett Nr. 80.

Kriegsbekleidungsämter des 8. und 17. Armeekorps.

* * *

Die bayerische Verlustliste Nr. 165 bringt Verluste der 6. Inf.-Brig.; Inf.-Leibreg.; Inf.-Regimenter Nr. 2, 3, 4, 7, 8, 9, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21; Res.-Inf.-Regimenter Nr. 5, 6, 7, 10, 11, 18, 22; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 4, 10, 12.

Die württembergische Verlustliste Nr. 142 enthält Verluste des Gren.-Reg. Nr. 119; Res.-Inf.-Reg. Nr. 119; Inf.-Regimenter Nr. 120, 121; Füs.-Reg. Nr. 122; Inf.-Regimenter Nr. 124, 125, 127, 180; Ulanen-Reg. Nr. 20; Feldart.-Reg. Nr. 13; II. Abt. des Res.-Feldart.-Reg. Nr. 29; Res.-Feldart.-Reg. Nr. 54; 3. Feldpionier-Komp.; 3. Res.-Pion.Komp.; Scheinwerferzug; Freiwillige Sanitätskolonne Ravensberg; I. Train-Abt.; II. Train-Abt.; Res.-Pferde-Depot Nr. 27.

Aus Groß-Berlin.

Mehr Kinderschutz.

Der Krieg hat in vielen Fällen eine vermehrte Verwendung der Kinder zu gewerblicher Arbeit im Gefolge gehabt. Das Kinderschutzgesetz ist in vielen Fällen außer Kraft gesetzt worden. Ueber die Notwendigkeit des Kinderschutzes ist an dieser Stelle oft geschrieben und immer wieder betont worden, wie lückenhaft der heutige Kinderschutz ist. Besonders die Lehrer wissen das am besten und es ist sehr erfreulich, daß auch in heutiger Zeit sich Leute finden, die sich des Schutzes der Kinder besonders annehmen. Unter dem Titel: „Mehr Kinderschutz" lesen wir im Scherlschen „Tag" folgende bemerkenswerten Ausführungen des Berliner Lehrers Herrn Menzel:

„Der Krieg lehrt uns aufs neue und deutlicher als alle Beobachtungen vor ihm, daß das deutsche Volk alle Mittel anwenden muß, die die Erhaltung und Vermehrung seiner geistigen und körperlichen Kraft gewährleisten. Die Grundlage dafür bildet die natürliche Vermehrung und der Schutz der Jugend. Die deutsche Vereinigung für Säuglingsschutz hat in diesen Tagen auf ihrer außerordentlichen Versammlung eine Reihe wichtiger Forderungen begründet, um die durch den Krieg gefährdete Volksvermehrung sicherzustellen. Zwar hat man als Folge früherer Kriege ein starkes Emporsteigen der Geburtenziffern beobachtet, ob aber auch der jetzige Krieg diese Wirkung haben wird, darf in Rücksicht darauf, daß er einen ungleich größeren Teil der männlichen Bevölkerung vernichtet, als alle Kriege vor ihm," mit Recht bezweifelt werden.

Der in der genannten Vereinigung geforderte Säuglingsschutz (Mutterschaftsversicherung, gesetzliche Regelung des Haltekinderwesens, Wochenhilfe durch das Reich, Kinderzulagen und dergleichen) ist darum durchaus nötig. Aber man soll auch hier das eine tun und das andere nicht lassen. Und dieses andere ist der Schutz der heranwachsenden Jugend vor der regelmäßigen gewerblichen Arbeit. Nach dem letzten Heft der „Statistik des Deutschen Reichs" gab es im Jahre 1913 120 831 gewerbliche Betriebe mit mindestens zehn Arbeitern, die jugendliche Arbeiter beschäftigten. Deren Gesamtzahl betrug 571 006, gegen 552 204 im Jahre 1912. Davon waren unter 14 Jahren 8008 Knaben (1912: 7780) und 6158 (6133) Mädchen. Die jugendlichen Arbeiter von 14 bis 16 Jahren bestanden aus 376 481 (358 327) Arbeitern männlichen und 180 539 (179 964) weiblichen Geschlechts. Allein in der Textilindustrie waren 30,9 Proz. aller gewerblich beschäftigten Kinder unter 14 Jahren tätig, in der Metallindustrie noch 11,7 Proz. In der Gewerbegruppe „Bergbau-, Hütten- und Salinenwesen, Torfgräberei" entfallen auf einen Betrieb durchschnittlich 24,3 jugendliche Arbeiter.

Daß die Zustände in Wahrheit viel schlimmer sind als uns diese Zahlen verraten, weiß namentlich die Lehrerschaft der großen Städte und Industriezentren. Schon wenn die Statistik sich entschließen möchte, alle Betriebe, also auch diejenigen mit weniger als zehn Arbeitern in Rechnung zu stellen, würden die Zahlen wesentlich steigen. Und der Hamburger Rektor Struwe schreibt in der „Hamburger Schulzeitung": „Jetzt ist es Zeit, der Kinderarbeit vor der Schulzeit ein Ende zu machen. Durch das Gesetz ist sie längst verboten, in Wirklichkeit besteht sie noch. Jeden Morgen kann man die armen Kinder mit Brot, Milch und Zeitungen schleppen sehen. Ich bin gar kein Gegner jeder Kinderarbeit, in mäßigen Grenzen kann sie erziehlich von hohem Wert sein. Aber die Kinderarbeit vor der Schulzeit ist Raubbau an der Jugendkraft unseres Volkes, jeder vor der Schulzeit verdiente Pfennig kostet dem Kinde später eine Mark. Erschöpft kommt es zum Unterricht; es kann ihm nicht folgen; es bleibt in der geistigen Entwickelung zurück; seine spätere Erwerbstätigkeit wird beeinträchtigt. Vielleicht fällt in der Jetztzeit mit ihrer Opferwilligkeit die Mahnung auf fruchtbaren Boden, endlich rücksichtslos mit diesem Schandfleck unserer Volkserziehung aufzuräumen." Und dann schildert er, wie er den Verein für Jugendschutz und Jugendwohlfahrt um Hilfe angegangen, wie er die Polizeibeamten auf die Zeitungsträger hingewiesen hat — alles umsonst. Die sozialdemokratische Kinderschutzkommission Hamburgs hat im Jahre 1913/14 rund 1300 Kinder zwischen 6 und 14 Jahren bei dieser Morgenarbeit gezählt. Die Eltern übernehmen die Arbeit, geben sie an die Kinder ab, und die Gewerbetreibenden erklären dann, nichts davon zu wissen. Selbst bei schuldhaftem Vorgehen ist die Möglichkeit des Entschlüpfens gegeben. Vom Schöffengericht zu Elmshorn waren drei Gärtnereibesitzer zu je drei Mark (!) Strafe verurteilt worden, weil sie Kinder unter 14 Jahren über das zulässige Maß beschäftigt hatten. Das Altonaer Landgericht aber sprach sie frei, weil die Gärtnereien vorwiegend landwirtschaftliche Betriebe seien und auf diese die Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes keine Anwendung finden.

Das ist nicht die erste Lücke in diesem Gesetz. Es öffnet sich eine nach der andern. Die gesetzgebenden Körperschaften werden darum auch an dieser Stelle dafür sorgen müssen, daß Deutschland unüberwindlich stark bleibe."

Zu diesen Darlegungen sei bemerkt, daß in Berlin die Kinderschutzkommission der Berliner Arbeiterschaft sich seit Jahren um einen erweiterten Kinderschutz bemüht. Ihre Veröffentlichungen über die Kinderarbeit in Berlin haben diese Notwendigkeit längst erwiesen, obwohl naturgemäß die angestellten Ermittelungen über den Umfang der Verwendung von Kindern zu gewerblicher Arbeit nur einen Teil der tatsächlichen Verhältnisse erfassen konnten.

Die Verstadtlichung der B. E. W.

Der von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzte Ausschuß zur Vorberatung der Elektrizitätsvorlage hat einstimmig beschlossen, der vom Magistrat vorgeschlagenen Uebernahme der B. E. W. in das Eigentum und den Betrieb der Stadt Berlin zuzustimmen, ebenso der Aufbringung der hierfür erforderlichen Mittel im Betrage von 130 Millionen Mark durch eine Anleihe. Dieser Beschluß ist von weittragender Bedeutung für die zukünftige Entwickelung Berlins, und es ist kein Zweifel, daß die Stadtverordnetenversammlung diesen Beschluß zu dem ihrigen machen wird. Die Uebernahme der Werke erfolgt bereits am 1. Oktober dieses Jahres. Es sind alle Vorbereitungen im Gange, um das große Werk in den Besitz der Stadt überzuführen. Auch werden alle Schritte eingeleitet, um der Bürgerschaft mehr entgegenzukommen, als die B.E.W. das getan haben. Es müssen neue Tarife für den Bezug von elektrischer Kraft und elektrischem Licht ausgearbeitet werden, und es sind auf dem Gebiete der Tarifpolitik verschiedene Erleichterungen vorgesehen. Wir bezeichnen den Beschluß als die Erfüllung einer Forderung, die die sozialdemokratische Fraktion seit Jahren als eine dringliche Aufgabe der Stadt immer wieder bezeichnet hat.

Wie Unterschriften zusammenkommen.

Nachdem von den verschiedensten Seiten Bedenken gegen die für Mai geplante Abhaltung einer „Roten-Kreuz-Woche" für Groß-Berlin geltend gemacht worden sind, haben die Veranstalter von der Ausführung ihres Planes Abstand genommen. Bemerkenswert ist aber, daß die Ankündigung dieser Festwoche mit den Namen verschiedener bekannter Persönlichkeiten unterzeichnet war, die von der Sache gar keine Kenntnis hatten. Der Oberbürgermeister Wermuth, dessen Name unter der Ankündigung stand, hat auf Anfrage erklärt, daß das geschehen sei, ohne daß zuvor irgendwie mit ihm Fühlung genommen worden sei, wenn das aber geschehen wäre, er es abgelehnt hätte, seinen Namen herzugeben. In Rücksicht hierauf hat die Zentrale für private Fürsorge sich an den ebenfalls als Mitglied des Ausschusses für die „Rote-Kreuz-Woche" genannten Fürst Hatzfeld, Herzog zu Trachenberg gewendet, mit der Anfrage, ob etwa auch sein Name in gleicher Weise wie der des Herrn Wermuth mißbraucht worden sei. Darauf hat der Fürst Hatzfeld folgende telegraphische Antwort erteilt:

„Ihr Schreiben soeben erhalten. Hörte erst heute zufällig, daß mein Name unter dem fraglichen Aufruf steht. Dies ist ohne mein Wissen geschehen. Diejenigen, denen es versagt ist, mit den Waffen in der Hand zu kämpfen, haben die Pflicht, dem Vaterlande in anderer Weise als durch Feiern von Festen zu dienen."

Die Antwort ist sehr verständig; sie zeigt aber, in welcher Weise Unterschriften für bestimmte Veranstaltungen zusammenkommen.

Die Berliner Umsatzsteuer.

Zu der unter dieser Ueberschrift am letzten Sonntag gebrachten Mitteilung des Nachrichtenamts der Stadt Berlin schreibt uns unser Berichterstatter:

Zu unserm Bericht über einen Umsatzsteuerstreit gegen die Stadt Berlin erklärte das Nachrichtenamt der Stadt, daß ein anderer Senat des Oberverwaltungsgerichts vor Jahresfrist bei gleichem Tatbestande einen Standpunkt eingenommen habe, der dem jetzt vom Oberverwaltungsgericht vertretenen entgegengesetzt gewesen sei. Dann fügt das Nachrichtenamt hinzu:

„Es ist zurzeit auch noch nicht ersichtlich, weshalb unter diesen Umständen dem (jetzigen) Urteil nicht ein Plenarbeschluß des Oberverwaltungsgerichts vorausgegangen ist."

Diese Bemerkung geht von der Tatsache aus, daß nach der Geschäftsgebarung des Oberverwaltungsgerichts ein Plenarbeschluß sämtlicher Senate herbeizuführen ist, wenn ein Senat grundsätzlich von einer Rechtsauslegung durch einen anderen Senat abweichen will. Hierzu ist zu bemerken: Falls es sich wirklich bei der neuen Entscheidung um eine Abweichung von einer früheren Entscheidung des 7. Senats unter Dr. Strutz handelt, so war doch vorliegend nicht erforderlich, daß der jetzigen Entscheidung des 2. Hilfssenats ein Plenarbeschluß vorausging. Denn der 2. Hilfssenat, einer der neugebildeten Senate, hat einfach in Umsatzsteuersachen sozusagen die Erbschaft des 7. Senats angetreten. Die Umsatzsteuersachen sind nach seiner Gründung auf ihn übergegangen. Unter diesen Umständen ist nach der Praxis des Oberverwaltungsgerichts keine Plenarentscheidung bei Abweichung von einer früheren Entscheidung des 7. Senats nötig, sondern die Sache so anzusehen, als ob der 7. Senat, der Rechtsvorgänger des 2. Hilfssenats, selber von seiner früheren Entscheidung abgegangen wäre.

Das bevorstehende Kuchenbackverbot.

Es wird immer wahrscheinlicher, daß beabsichtigt ist, ein allgemeines Backverbot für Kuchen, die aus Hefe oder mit Hilfe von Backpulver hergestellt werden, zu erlassen, und zwar für Groß-Berlin. Um zu erreichen, daß auch die Haushaltungen von diesem Verbot betroffen werden, soll der Verkauf von Hefe und Backpulver verboten werden. Diese Bestimmungen sollen erreichen, daß während der Ostertage mit Mehl gespart werden soll. In Verbindung hiermit steht folgende Bekanntmachung des Nachrichtenamts der Stadt Berlin über die Zusammensetzung der Kuchenwaren in Haushaltungen:

An einzelnen Stellen, auch in Haushaltungen, werden, wie vielfach festgestellt worden ist, noch sogenannte Osterstollen und ähnliche Kuchen hergestellt. Hierbei wird die gesetzliche Bestimmung gänzlich außer acht gelassen, daß der Zusatz an Getreidemehl höchstens 10 Proz. des Kuchengewichts betragen darf. Diese Vorschrift gilt nicht nur für den von Bäckern und Konditoren, sondern in gleicher Weise auch für den in Haushaltungen hergestellten Kuchen. Es muß daher dringend vor der Bereitung der Stollen oder ähnlichen Gebäcks gewarnt werden, und es wäre bedauerlich, wenn Bestrafungen wegen Uebertretung der zur Schonung unserer Mehlvorräte erlassenen Vorschrift erfolgen müßte.

Eine Familientragödie.

In einem Anfall von Geistesgestörtheit hat gestern die in der Wilhelmstraße 3 in Lichtenberg wohnende Ehefrau Raschke ihrem zweijährigen Knaben die Kehle durchschnitten. Die Unglückliche versuchte darauf sich selbst zu erhängen, wurde jedoch von ihrem älteren Sohne überrascht und an ihrem Vorhaben gehindert. Sie brachte sich dann mit einem Messer eine schwere Halswunde bei. Die sofort herbeigerufene Polizei verhaftete die Frau, die jetzt schwerkrank im Krankenhause liegt, aber wahrscheinlich mit dem Leben davonkommen wird.

Gegen hohe Eierpreise.

Eine öffentliche Warnung an die Hausfrauen Berlins erläßt der Verein der Berliner Eierimporteure, indem er bekannt gibt, daß infolge des Eintreffens von großen Zufuhren frischer Eier die Preise für Eier herabgesetzt worden sind. Der Verein warnt die Hausfrauen dringend, selbst bei großer frischer Ware mehr als 10 bis 12 Pfennig für das Stück zu zahlen, da viele Händler eine spekulative Hausse betreiben und dem Publikum außergewöhnlich hohe Preise abfordern.

Walhalla-Theater. „Die Jagd nach dem Glück" nennt Rudolf Schwarz-Reiflingen sein neuestes Ausstattungsstück, das er nach dem Rezept von Sherlock Holmes aus bekannten Possen, Schwänken, Detektivgeschichten usw. recht geschickt und wirksam, wie uns dünkt, zusammengestellt hat. Eine Kindesentführung, bei der die Mutter, eine schmucke junge, geschiedene Frau, und deren Jugendgeliebter den Bund fürs Leben schließen, bildet den Drehpunkt für die ganze Feerie. In zwölf großenteils guten Landschafts- und Städtebildern, die wandelnd über die Bühne ziehen, wird der Zuschauer vom Rhein nach Aegypten, von da über den „großen Teich" nach und durch Amerika geführt. Daß man dabei auch einen torpedierten Passagierdampfer sieht, ist angesichts des Weltkriegs nicht verwunderlich. Ferner wird ein Panorama der Niagarafälle, natürlich mit Beziehung zu der Kindsentführung, aufgetan. Ein Duell muß schließlich als aufregender „Knalleffekt" hingenommen werden; denn dahinter winkt ja das Glück der Liebe. — Es wird

[illegible] gekleidet, gesungen und auch Ballett getanzt. Indische Schlangentänzerinnen, sogar eine Luftänzerin vervollständigen das wie gesagt findig komponierte Stück. Das sehr zahlreiche Publikum schien sich außerordentlich zu erlustieren. So werden Verfasser und Direktion jedenfalls volle Häuser erwarten dürfen.

Warnung.

Aus München geht uns folgende Warnung zu:

„In Süddeutschland verkaufte eine gewisse de Crignis im Januar und Februar d. J. unter den Parteigenossen Bilder unseres verstorbenen Genossen Frank. Die de Crignis verstand es, unter Schilderung ihrer Notlage mehrere Genossen zu bestimmen, daß sie ihr Gelder im voraus bezahlten. Die Bilder wurden weder weiterbestellt, noch geliefert. Nun kommen auch schon Mitteilungen aus Württemberg und Norddeutschland, daß diese de Crignis dieselben Manöver treibt. Auch unter dem falschen Namen Betty Lang tritt sie auf. Wir warnen die Parteigenossen dringend vor dieser Schwindlerin."

Viktoria-Fortbildungs- und Fachschule. In den Kreisen der weiblichen Bureauangestellten hat sich der dringende Wunsch nach einer geordneten theoretischen Ausbildung herausgestellt, vermöge deren sie ihre Berufstätigkeit mit größerem Verständnis ausüben und auch leichter in gehobene Stellungen aufrücken könnten. Diesem Wunsche soll jetzt durch die Viktoria-Fortbildungs- und Fachschule entsprochen werden. Der Vorstand hat sich zu der Einrichtung eines Fachkursus für Bureaubeamtinnen entschlossen. Der Unterricht (zweimal wöchentlich 7—9 Uhr abends) wird von einem Rechtsanwalt und einem Bureauvorsteher erteilt werden und sich genau den praktischen Bedürfnissen anschließen. Er geht neben der Berufstätigkeit der Schülerinnen einher. Auskunft und Anmeldungen in der Viktoria-Fortbildungs- und Fachschule, W. Kurfürstenstr. 160, täglich 11—12 und 7—8 abends.

Verlegung einer Steuerkasse. Die für die Stadtbezirke 31—49 zuständige Steuerkasse III wird am 30. März d. J. von der Straße „An der Apostelkirche 9" nach der Kurfürstenstr. 143 verlegt. Am Umzugstage bleibt die Kasse geschlossen, die Auszahlung der Kriegsunterstützungen erfolgt Kurfürstenstr. 39 im Laden.

Von der Straßenbahn. Vom Freitag, den 26. d. M. ab wird der Betrieb auf der Linie T im fahrplanmäßigen Umfange (15-Minutenbetrieb) wieder aufgenommen.

Arbeiter-Bildungsschule. Der Kursus „Weltwirtschaft der letzten fünfzig Jahre" (Vortragender Dr. Paul Lensch) wird heute, Donnerstag, fortgesetzt.

Kleine Nachrichten. In der Nacht zum Mittwoch fanden Bewohner des Hauses Elsenstraße 106—107 zu Treptow auf der Treppe ein Knäblein liegen, das erst einige Tage alt ist. Der Neugeborene, der nach dem Waisenhause gebracht wurde, war ganz weiß gekleidet, mit Wolljäckchen, Hemdchen, Unterlage, Wickelband und wollenem Mützchen. — Auf der Straße vom Tode überrascht wurde Dienstagabend um 7 Uhr die 57 Jahre alte Frau Alwine Rosin, geborene Hoffmann, aus der Rüdersdorfer Straße 47. Sie brach vor dem Nachbarhause Nr. 52 plötzlich bewußtlos zusammen und starb auf der Stelle. — In dem Zigarrengeschäft von Biedermann in der Ackerstraße 29 erbeuteten Einbrecher für 600 M. Zigarren und Zigaretten. — In dem Konfektionsgeschäft von Rosenberg am Kottbuser Damm 38 für 500 M. Blusen, Kostüme und Mäntel. — Mit Wagen und Pferden verschwunden ist seit Freitag voriger Woche ein unbekannter Kutscher aus Weißensee, der erst am Tage vorher von dem Fuhrherrn Wehnert in der Heinersdorfer Straße 20 angenommen worden war. Bevor der Fuhrherr sich nach seiner Person näher erkundigen konnte, mußte er ihn mit einem Rollwagen, der mit 2 Pferden bespannt war, nach Alt-Moabit schicken. Der neue Kutscher kehrte aber gleich von seiner ersten Ausfahrt nicht wieder zurück. — Ein schwerer Straßenunfall hat sich am Dienstagnachmittag vor dem Hause Seestraße 109 ereignet. Die 7jährige Frida Schulz lief beim Spielen unmittelbar vor einem Straßenbahnwagen der Linie 42 auf das Gleis. Die Kleine wurde umgestoßen und geriet unter die Vorderplattform. Das Mädchen, das Brüche des rechten Armes und rechten Beines sowie innere Verletzungen davongetragen hatte, fand im nahen Rudolf-Virchow-Krankenhause Aufnahme.

Aus den Gemeinden.

Polizeistunde in den Vororten.

Nachdem schon seit einiger Zeit für den Landespolizeibezirk Berlin bestimmt worden ist, daß Vereine und geschlossene Gesellschaften unter die Polizeistunde gestellt wurden, ist jetzt auch vom Regierungspräsidenten von Potsdam für seinen Regierungsbezirk dieselbe Verordnung ergangen. Dadurch sind die Vereine und geschlossene Gesellschaften in den Vororten Berlins ebenfalls an die festgesetzte Polizeistunde gebunden.

125 Proz. Steuerzuschlag in Neukölln.

Der Etatsausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, anstatt der bisherigen 100 Proz. im nächsten Etatsjahr 125 Proz. Gemeindeeinkommensteuerzuschlag zu erheben. Die Erhöhung der Gas- und Elektrizitätspreise wurde abgelehnt. Ebenso die Erhöhung der Lustbarkeitssteuer um 40 000 und die Leerung des Ausgleichfonds von 215 000 M. Der Ausschuß erklärte sich ferner mit der Unterlassung der Abführung an verschiedene Sammelfonds und mit der Aussetzung der Schuldentilgung bei einzelnen Gläubigern einverstanden. Zur Deckung des dann noch fehlenden Defizits sollen 408 000 M. aus den Fonds zur verstärkten Tilgung der Anleihen genommen und eine neue Anleihe in Höhe von 2 Millionen Mark aufgenommen werden.

Etatsvorberatung in Adlershof.

Die Gemeindevertretersitzung beschloß einstimmig eine Erweiterung des Freibades bei Neptunshein vorzunehmen, da dasselbe für die herantretenden Anforderungen nicht mehr ausreicht. — Der kürzlich in Groß-Berlin eingeführten Krankenversicherungspflicht für Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter wurde ebenfalls zugestimmt. Ferner wurde die Aufnahme einer Anleihe von 300 000 M. bei der Preußischen Zentral-Bodenkredit-Aktiengesellschaft beschlossen.

Die eingesetzte Kommission zum Ankauf von Dauerfleischwaren beabsichtigt außer Fleischkonserven auch Speck, Schinken und Dauerwurst einzukaufen. Die zur praktischen Information herangezogenen hiesigen Schlächtermeister haben sich sehr reserviert verhalten und sich mehr als Lieferanten wie als Sachverständige gefühlt. Auch bei den Angeboten für diese Lieferungen waren die Preise von den hiesigen Fleischermeistern bedeutend höher, als von auswärtigen Firmen. Die Kommission soll deshalb noch weiter Verhandlungen pflegen.

Hierauf erfolgte die Beratung der Voranschläge für 1915. Herr Schöffe Müller gab einen Rückblick über das abgelaufene Jahr und betonte, daß sich infolge der schlechten Finanzen eine Steuererhöhung nicht umgehen lasse. Die Ursache davon sei, daß man nicht schon früher die Zuschläge zur Staatseinkommensteuer erhöht habe. Diese Ausführungen bestätigten die früheren Warnungen unserer Vertreter, die Zuschläge nicht herabzusetzen.

Bei der Position „Ferienkolonien" wurde von Herrn Kruse Streichung der eingesetzten Summe verlangt. Bei der Abstimmung wurde sein Antrag auf Streichung der Position abgelehnt.

Vergebung von Brachland in Weißensee.

Die Gemeinde vergibt unentgeltlich Kartoffel- und Gemüseland in Parzellen à 40 Quadratruten. Meldungen werden bis spätestens Sonnabend bei Krellermann, Sedanstr. 105, part., von 10—1 Uhr vormittags und 6—8 Uhr abends entgegengenommen. Die Verteilung des Landes wird am Sonntag, den 28. März, vormittags von 10 Uhr ab, auf dem unbenutzten Friedhofsgelände der St. Georgengemeinde, Roelckestraße, neben dem Georgen-Friedhof, vorgenommen. Saatgut und Gemüsepflanzen beschafft die Gemeinde zum Selbstkostenpreis. Laubenbau ist nicht gestattet.

Städtischer Speckverkauf in Schöneberg.

Heute und in den nächsten Tagen von 10—1 Uhr und 3—6 Uhr findet in der Feurigstraße 4 der städtische Verkauf von fettem und magerem Speck statt. Der Verkauf findet nur an Schöneberger Einwohner zum Preise von 1,40 M. pro Pfund statt. Kleinere Mengen werden nicht abgegeben.

Kartoffelverkauf in Tempelhof.

Der öffentliche Kartoffelverkauf der Gemeinde findet bis auf weiteres auf dem Hofe der Feuerwehr, Borussiastr. 16, täglich von 9—10 Uhr statt. Die Kartoffeln werden in Mindestmengen von 20 Pfd. zum Preise von 1 M. abgegeben.

Etatsberatung in Heinersdorf.

Im Prinzip erklärte sich die letzte Gemeindevertretersitzung mit der Erhöhung des Gemeinde-Einkommensteuerzuschlages von 100 auf 125 Proz. einverstanden. Von den Kriegsteilnehmern soll keine Gemeinde-Einkommensteuer erhoben werden. Für Sonderunterstützungen und Mietsbeihilfen sind 2000 M. in den Etat eingestellt worden. Das Vermögen der Gemeinde beträgt 717 696 M.

Vortragsabende der Stadtgemeinde Neukölln.

Freitag, den 26. März 1915, abends 8½ Uhr, veranstaltet die Stadtgemeinde in der Aula der Realschule, Boddinstr. 34—41, mit Herrn Professor Stahlberg, Kustos am Institut für Meereskunde, einen Lichtbildervortrag über das Thema „Seekabel- und Nachrichtenwesen als moderne Waffe". Der Eintritt ist kostenfrei, Kindern aber, auch in Begleitung Erwachsener nicht gestattet.

Am Donnerstag, den 1. April d. J., abends 8½ Uhr, findet in der Aula der Realschule, Boddinstr. 34—41, ein von der Stadtgemeinde Neukölln veranstalteter Lieder- und Balladenabend des königl. preußischen Kammersängers Paul Knüpfer unter Mitwirkung von Professor Mayer-Mahr (Klavier) statt. Der berühmte Bassist wird neben Werken von Schubert und Löwe die Arie des Sarastro aus der „Zauberflöte" von Mozart zu Gehör zu bringen. Außerdem wird Professor Mayer-Mahr einige Klaviersoli von Schumann und Liszt vortragen.

Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. für Saalplätze und von 30 Pf. für Balkonplätze sind erhältlich in den „Vorwärts"-Expeditionen Reckarstraße 8 und Siegfriedstraße 27 sowie an der Abendkasse.

Parteiveranstaltungen.

Waidmannslust. Sonnabend, den 27. März, abends 8½ Uhr, in Hermsdorf, Restaurant „Waldquelle", Inh. Paul Böttcher, Berliner Straße, Ecke Waldseestraße: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Vortrag über „Ursachen und Folgen des Weltkrieges." Reichstagsabg. A. Stadthagen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Steglitz. Freitag abends 6 Uhr, im Rathaussaale: Etatsberatung.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.